www.Deutscher ArbeitgeberVerband.de

Heft 01 – Oktober 2016 | 5,– Euro

# ERHARDs ERBEN

## DARUM WAR ES AM RHEIN SO SCHÖN

Rückblick auf die Grundlagen einer Erfolgsgeschichte

Wie Ludwig Erhard seinen „marktwirtschaftlichen Putsch“ ausführte

„Der Himmel bildet die Grenzen für unsere Ideen“

Apple, die EU & 13 Milliarden Euro

Poetische Impressionen aus dem Rheintal

*Vierteljährlich erscheinendes Magazin des Deutscher Arbeitgeber Verband*

DEUTSCHER ARBEITGEBER VERBAND

# bloomon

Vase im Wert von **15 Euro** geschenkt*

## Frische Blumen bis zu 10 Tage lang.

Jetzt bestellen auf bloomon.de mit Gutscheincode: **DAVVASE**

Exklusiv für Neukunden: Wähle einen Strauß und die passende Vase dazu. Egal welche Größe. Gib im letzten Bestellschritt den Code ein. Code gültig bis zum 31.12.2016. *Der Wert der Vase variiert je nach Größe zwischen 12,50€ bis 17,50€.

# EDITORIAL

„Grau is alle Theorie – entscheidend is auffem Platz". Von Alfred Preißler, dem legendären Urgestein bei Borussia Dortmund, stammt dieser Satz.

»Auffem Platz« liegt nun, aller Skepsis zum Trotz, die erste Ausgabe von Erhards Erben.

Die Diskussion schwelte seit Monaten im Vorstand des Verbandes. Unsere Online-Publikationen auf der Webseite haben seit Jahren einen großen Leserkreis und werden viel-tausendfach gepostet und geteilt. Warum dann ein Printmedium? Ist Print überhaupt noch zeitgemäß.

Print ist längst nicht tot. Gegenüber dem Schnelllebigen, zur Oberflächlichkeit neigenden Online kann Print ein wenig mehr Tiefe ausloten und - auch nicht gering zu schätzen - zu mehr Genuß verhelfen: schöneres Tableau der Texte und Bilder. Ausgesuchtes Papier, das haptische Vergnügen steigernd, bei online nicht daran zu denken.

1963 hat Ludwig Erhard, der „Vater des Wirtschaftswunders" demissioniert - analog zum vielzitierten Abgang Bismarcks 1890 könnte man mit Fug und Recht sagen, dass damals ein zweiter, für das Nachkriegsdeutschland unendlich wichtiger, Lotse von Bord ging.

Nach seinem von-Bord-gehen hat es nur zwei Generationen gebraucht, um die Vertreter der freien Marktwirtschaft, die Vertreter von Subsidiarität und Selbstverantwortung weitgehend aus dem gesellschaftlichen Leben verschwinden zu lassen. Mehr oder weniger schleichend ersetzt durch planwirtschaftliche Theorie und Praxis und ungehemmten Staatskapitalismus. War dem Nachkriegsdeutschen der Satz Erhards „Kein Staat kann seinen Bürgern mehr geben, als er ihnen vorher abgenommen hat" noch logisch nachvollziehbar, kann oder will der durch Vollbetreuung und Klientels-Subventionierung apathisierte Jetzt-Bürger diese zwingende Logik nicht mehr anerkennen.

Erhards Erben kann eine Anlegestelle sein für Alle, die wie wir um dieses Ziel ringen. Ohne jedes Apodiktische „so isses". Mit dem Zweifel, der Demut und Selbstironie dessen, der nicht an die letztgültige Wahrheit glaubt, am Prinzip der Selbstverantwortung aber nicht rütteln lässt.

Wir selbst sehen uns als Heimathafen all derer, die das Rad zur Mitte hin zurückdrehen wollen: staatliches Handeln auf ordnungspolitische Notwendigkeiten beschränken, der Durchsetzung subsidiärer Prinzipien, einem freien Markt-Austausch.

Den Hafen hat dieses Schiff nun verlassen – wo es ankommen wird? Schon viele Seefahrer waren bei ihrer Zielankunft mehr als überrascht. Und auf hoher See liegt bekanntlich alles in Gottes Hand.

*Ihr*

*Peter Schmidt*
*Präsident Deutscher Arbeitgeber Verband*

DEUTSCHER ARBEITGEBER VERBAND
Markt & Freiheit

Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege
und Archäologisches Landesmuseum (BLDAM)
c/o Herrn Direktor und Landesarchäologe Prof. Dr.Franz Schopper
OT Wünsdorf
Wünsdorfer Platz 4-5

15806 Zossen

**Antrag auf Unterschutzstellung des BER Flughafen Berlin Brandenburg**

Der Flughafen Berlin Brandenburg „Willy Brandt" (IATA: BER, ICAO: EDDB; englisch Berlin-Brandenburg International) ist ein seit 2006 in Bau befindlicher, an der südlichen Stadtgrenze Berlins im brandenburgischen Schönefeld gelegener internationaler Verkehrsflughafen. Er trägt den Beinamen »Willy Brandt« und soll durch die Flughafen Berlin Brandenburg GmbH (FBB), an der die Länder Berlin und Brandenburg zu je 37 Prozent und der Bund zu 26 Prozent beteiligt sind, mit einer Kapazität von 27 Millionen Passagieren pro Jahr betrieben werden. Er soll die derzeitigen Flughafen Schönefeld (dessen Gelände er teilweise umfasst) und Tegel ersetzen. Der erste Spatenstich für diese momentan größte Flughafenbaustelle Europas und eines der größten in Bau befindlichen Verkehrsinfrastrukturprojekte Deutschlands erfolgte am 5. September 2006.
Beobachter sehen zahlreiche schwerwiegende Fehler bei Planung und Bau. Die Baukosten wurden ursprünglich auf eine Milliarde Euro veranschlagt. Im Juli 2015 näherten sich die Prognosen der Marke von sechs Milliarden Euro. Der Flugbetrieb sollte planmäßig im Oktober 2011 starten – der Termin wurde jedoch mehrfach verschoben.
Beim Spatenstich am 5. September 2006 sagte Herr Wowereit: „Wir werden beweisen, dass drei öffentliche Eigentümer so ein Projekt bauen können"

**Heute wissen wir: Für einen Alleingang fehlt dem Personal der Flughafen-Gesellschaft der Sachverstand.**

Das Land Brandenburg besitzt einen reichen Schatz an Bau- und Gartendenkmalen, die von holländischer, italienischer und französischer Baukunst beeinflusst wurden. Bedeutende Architekten und Baumeister wie Georg Wenzeslaus von Knobelsdorff, Karl Friedrich Schinkel, Erich Mendelsohn, Bruno Taut oder die Gartenkünstler Peter Josef Lenné und Fürst Pückler haben die Bau- und Gartenkultur Brandenburgs europaweit bekannt gemacht. Die Bauherren des BER haben die deutsche Ingenieurskunst mit dem BER nicht nur europaweit, sondern weltweit bekannt gemacht.

Der BSZ e.V. und der deutsche Arbeitgeberverband DAV beantragen hiermit die Unterschutzstellung des BER. Wir denken, dass der BER den gesetzlichen Rahmenbedingungen für Denkmalschutz und Denkmalpflege nach dem seit 2004 novellierten Denkmalschutzgesetz in vollem Umfang entspricht.

Wir sehen alle Voraussetzungen dafür erfüllt, dass der BER unter Denkmalschutz gestellt wird. Die Denkmaleignung ist schon alleine dadurch gegeben, dass es sich um ein einmaliges Bauwerk handelt. Die Denkmalfähigkeit ergibt sich aus den verkehrsbaulichen und verkehrspolitischen Gründen. Die Denkmalwürdigkeit liegt im öffentlichen Interesse am Erhalt eines Zustands, der nachfolgenden Generationen dokumentiert, wohin falsche politische Entscheidungen, Ämterpatronage, Unfähigkeit, Planungsfehler, Pfusch, Arroganz, Korruption, Verschwendung von Steuergeldern und Intransparenz führen.

Dem kulturellen Erbe einer Gesellschaft kann bekanntlich die Funktion zukommen, anhand dinglicher und sinnlich wahrnehmbarer historischer Zeugnisse über die Geschichte der Gesellschaft zu informieren und somit ein lebendiges Bild der Baukunst und Lebensweise vergangener Zeiten zu erhalten.

Insofern ist BER weithin sichtbares Musterbeispiel vom Wandel einer Epoche, in der auf solide Bauweise, Zuverlässigkeit und Sparsamkeit Wert gelegt wurde, zu einer Zeit, in der Verschwendung, Prunksucht und Überheblichkeit vorherrschen. Insofern ist die Lage vergleichbar mit der in der Endphase des alten Roms. Auch dort drücken sich Verfallszustände in den Baudenkmälern aus.

**Wirt erwarten, daß Sie das Erlaubnisverfahren nach § 19 des BbgDSchG für eine Erlaubnis nach § 9 in Gang setzen.**

Hochachtungsvoll

Horst Roosen

# Denkmal BER

Der Deutscher Arbeitgeber Verband e.V. (DAV) und der BSZ Bund für soziales und ziviles Rechtsbewußtsein e.V. in Dieburg mit dem Vorstand Horst Roosen haben an das Brandenburgische Landesdenkmalamt den Antrag gestellt, den BER Flughafen Berlin Brandenburg unter Denkmalschutz zu stellen. Die Begründung ersehen Sie aus dem nachfolgenden Faksimilie.

Wir werden berichten, was daraus geworden ist.

Dr. Ulrich Horstmann

Ludwig Erhards **„demokratische Marktwirtschaft"** für alle statt „Machtwirtschaft" für wenige

*Ulrich Horstmann, Autor von Fachbüchern, „Die Währungsreform kommt! Über Versuche der Politiker, den Euro zu retten...", beklagt, daß Ludwig Erhards Slogan „Wohlstand für Alle" heute nur noch eine leere Phrase ist, sieht in einem Bargeldverbot die orwellsche Diktatur und in Google, Facebook und Blackrock die neuen „Masters of Universe", die sich jeder Kontrolle entziehen. Die Marktwirtschaft nach den Vorstellungen Ludwig Erhards wurde von einflussreichen Politikgestaltern und Interessengruppen beiseite geräumt.*

Seite 6

Stephan Werhahn

Der Enkel Konrad Adenauers sagt

**Wir brauchen die duale Ausbildung**
**Der Meisterbrief muss wieder realisiert werden**

Seite 18

Roland Tichy

**Das Geheimnis des Wirtschaftswunders**

Derzeit haben wir sicherlich kein Überangebot an marktwirtschaftlichen Reformen.

*Die Wochen nach der Währungsreform gehörten wohl zu den turbulentesten der deutschen Wirtschaftsgeschichte in der Nachkriegszeit. Der lange Jahre aufgestaute, fast unbegrenzte Nachhol- und Ersatzbedarf, die ungedeckte Nachfrage der Konsumenten drängten auf die von den gröbsten Fesseln der Bewirtschaftung befreiten Märkte. Die „Wundergeschichte" lässt oft jenen Teil der Bevölkerung außer Acht, der – durch Preissteigerungen und Arbeitslosigkeit irritiert – dem Kurs Erhards mit großer Skepsis gegenüberstand und erst durch die im eigenen Portemonnaie sichtbaren Fortschritte überzeugt wurde.*

Seite 12

Prof. Dr. Hansjürgen Tuengerthal

**Arbeitswelt von morgen**

Wird es künftig noch den selbstständigen Arbeitnehmer geben? Die IT-Industrie braucht ihn, viele wollen so arbeiten, die SPD will ihn nicht.

Seite 26

Interview mit Michael Probst

**Industrie 4.0**

„Der Himmel bildet die Grenze für unsere Ideen."

*Neu ist das Prinzip von Industrie 4.0 nicht. Der Mechaniker oder Maschinist früher hat seine Maschine bedient, beobachtet und gewartet. Er wusste, wann sie besser arbeitet, wann sie Macken hat und was zu tun ist. Was also ist wirklich neu an Industrie 4.0?*

Seite 30

# INHALT

Dr. Ulrich Horstmann
**6 Demokratische Markwirtschaft für alle**

Roland Tichy
**12 Das Geheimnis des Wirtschaftswunders**
Wie Ludwig Erhard seinen „marktwirtschaftlichen Putsch" ausführte

Michael Elicker
**15 Die heutige Steuerprogression**
– dasselbe wie zu Ludwig Erhards Zeiten?

Jan Brill, Chefredakteur Pilot & Flugzeug
**16 Das Luftfahrtbundesamt**
- eine Behörde im freien Fall

Stephan Werhahn
**18 Kritische Lage im Handwerk**
Renaissance der dualen Ausbildung und des Meisterbriefes

Steuer & Recht
**20 Apple, EU & 13 Milliarden Euro**
Ein aufsehenerregender Vorgang: Die EU will, daß Irland von dem amerikanischen Konzern 13 Milliarden Euro zurückfordert.

Kunst & Kultur
**22 Poetische Impressionen aus dem Rheintal**
Bildband mit Pastellmalereien von Andreas Bruchhäuser

Dr. Hansjürgen Tuengerthal
**26 Wie sieht das „Normalarbeitsverhältnis" in der digitalen Welt aus?**

Interview mit Michael Probst
**30 „Der Himmel bildet die Grenze"**
Industrie 4.0

Zeitgeist
**34 Landschaften mit Raps**
Der Wandel der Landschaften im Rhythmus der Ideologie

Kolumne
**36 Zigarren**
Herbstzeit ist Lounge Time ...

Wissenschaft
**38 Weniger Nobelpreise für Deutschland**
Notstand Forschung

Klaus-Peter Willsch
**40 Hilfe bedeutet nicht Verzicht auf eigene Anstrengung**

Vince Ebert
**41 Schrammen sind sexy**

Feuilleton

Impressum

Dr. Ulrich Horstmann

# Ludwig Erhards „demokratische Marktwirtschaft" für Alle statt „Machtwirtschaft" für Wenige

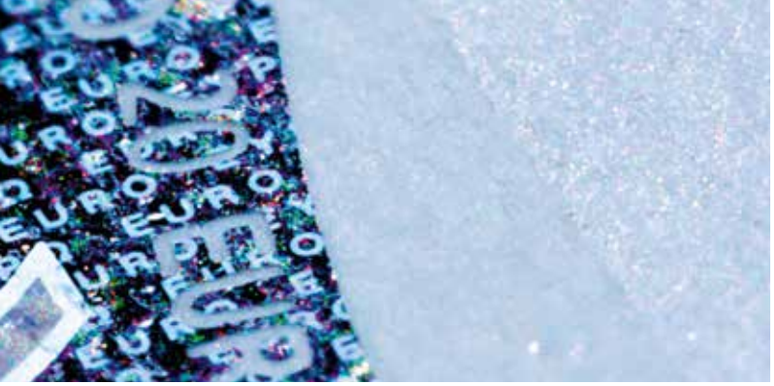
## Die Marktwirtschaft nach den Vorstellungen Ludwig Erhards wurde von einflussreichen Politikgestaltern und Interessengruppen beiseite geräumt.

Es ist meines Erachtens genau das eingetreten, wovor Erhard immer wieder warnte. Sichere Pfründe für einflussreiche Konzerne und Interessengruppen lassen zu Recht die Frage aufkommen, ob und inwieweit unser derzeitiges Gesellschafts- und Wirtschaftssystem noch sozial oder marktwirtschaftlich ist?

So wird die Fähigkeit von Märkten, Knappheitspreise zu produzieren und effizient zu steuern, durch Interventionen zunehmend blockiert. Mit der viel zu hohen öffentlichen Verschuldung ist die Geldpolitik wieder – wie so oft in der Geschichte – nur eine vorübergehende Nothilfe. Aber nicht für sie, sondern für politische Entscheidungsträger und vom Verkauf ihrer Güter und Dienstleistungen profitierenden – Großkonzerne. Sie können sich leichter verschulden und preisgünstiger anbieten, wodurch disinflationäre Effekte ausgelöst werden. Solange der Export gut läuft, wird dies in Deutschland wenig thematisiert.

Auf der Nachfrageseite wird der Konsum gefördert, weil sich Sparen nicht mehr lohnt. Ein gefährlicher Teufelskreis durch die fatale Geldpolitik! Mit ihrer wettbewerbseinschränkenden Wirkung sinkt die Produktivität, die marktwirtschaftlichen Steuerungsmechanismen werden aushöhlt. Leider wird dieser Aspekt in wissenschaftlichen Publikationen viel zu wenig berücksichtigt. Die Eigenvorsorge der Bürger wird geschwächt, sie sparen zu wenig und werden vor diese Hintergrund mangels Zukunftsvertrauen in die Verschuldung und fragwürdige Immobilien- oder andere vermeintliche Absicherungsinvestitionen getrieben. Im Alter sind die enteigneten Bürger umso mehr auf öffentliche Hilfen angewiesen. Die Verantwortung dafür wird – menschlich verständlich - verschleiert.

Politiker haben, um gewählt zu werden, unverantwortlich vor Wahlen vermeintliche soziale Wohltaten versprochen, dann eingeführt und wollen dafür nicht zur Rechenschaft gezogen werden.



Für die Bürger, vor allem für die Sparer ist die Geldpolitik kein Rettungsanker, im Gegenteil: Null- und Negativzinsen enteignen sie schleichend und zehren die Rücklagen für die Altersvorsorge auf. Gleichzeitig bleiben Staatsanleihen massiv überbewertet. Politiker möchten die ‚Preisblasen', die auch Immobilen und Aktien erfasst haben, nicht zum Platzen bringen. Es würde auch ihr Scheitern signalisieren. Die Folge ist aber, wie bereits erwähnt, dass die marktwirtschaftlichen Preissignale nicht mehr funktionieren. Bürger werden – auf die Erhaltung viel zu hoher Preise spekulierend – dazu ermuntert, auf Pump z.B. zu teure Immobilien zu kaufen. Das verschärft die Krise und führt weiter weg von Marktwirtschaft und hin zu immer mehr staatlichem Dirigismus.

*Auch die planwirtschaftlich anmutenden Überregulierungen nach dem Ausbruch der Finanzkrise schaffen ein abschreckendes Umfeld.*

Von einer langfristig ausgerichteten Ordnungspolitik, bei der der Staat sich zurücknimmt und als fairer Schiedsrichter agiert, hört man dagegen immer weniger. Ludwig Erhard kritisierte Maßlosigkeit in der Politik und Gesellschaft, heute würde er vermutlich drastischere Formulierungen wählen. Als Fußballfan erklärte er seine Vorstellung des politischen ‚fair play' so: Politiker sollten wie der Unparteiische handeln[1]:

*„Bei früherer Gelegenheit habe ich in diesem Zusammenhang einmal auf die Rolle des Staates als des obersten Schiedsrichters verwiesen. Ich möchte hierbei das vielleicht etwas banal erscheinende Bild eines Fußballspiels gebrauchen dürfen. Da bin ich der Meinung, dass ebenso wie der Schiedsrichter nicht mitspielen darf, auch der Staat nicht mitzuspielen hat. Eines ist bei einem guten Fußballspiel als wesentliches Merkmal zu erkennen: Das Fußballspiel folgt bestimmten Regeln, und diese stehen von vornherein fest. Was ich mit einer marktwirtschaftlichen Politik anstrebe, das ist – um im genannten Beispiel zu bleiben – die Ordnung des Spiels und die für dieses Spiel geltenden Regeln aufzustellen. ... Ich glaube, dass wir diesem Modell einer wirtschaftlichen Ordnung, das sich im Hintergrund all meiner Handlungen abzeichnet, unsere Erfolge verdanken. ... Die Zuschauer eines Fußballspiels würden es den Spielpartnern auch außerordentlich übelnehmen, wenn diese vorher ein Abkommen geschlossen und dabei ausgehandelt haben würden, wieviel Tore sie dem einen oder dem anderen Teil zubilligten und dann nicht das von uns erwartete und auch durch ein Eintrittsgeld honorierte, faire Wettspiel durchführten, sondern lediglich ihre Vereinbarung kampflos erfüllen würden. So vertrete ich denn auch die Auffassung, dass es die Grundlage aller Marktwirtschaft ist und bleiben muss, die Freiheit des Wettbewerbs zu erhalten."*

Das ist verkürzt und grob vereinfacht das Konzept Erhards. Stattdessen verunsichern derzeit Dauerinterventionen durch Politiker Märkte, Unternehmer und die Bürger, die an der Verlässlichkeit ihrer gewählten Vertreter zu zweifeln beginnen.

*Die Aushöhlung der Marktwirtschaft ist meines Erachtens ohne die zunehmenden demokratischen Mängel undenkbar, sie verdienen mehr mediale Aufmerksamkeit.*

Es fehlt eine offene Streitkultur. Wer kritisiert in Deutschland noch, dass Politik zunehmend in Hinterzimmern und nicht mehr transparent in Parlamenten stattfindet. Wer hinterfragt noch die *„GroKo"*[2]? Die kleinen Oppositionsparteien sind viel zu schwach. Außerdem sind sie wie die Linke oder die Grünen auch keine Parteien, die sich für Ludwig Erhards demokratisch-marktwirtschaftliche Konzeption einsetzen[3].

Über allem thront die Kanzlerin mit ihren spontanen und für die Gesellschaft teuren Alleinentscheidungen, so bei der so genannten *„Energiewende"* mit dem überraschenden beschleunigten Atomausstieg nach dem Unfall in Fukushima und ihrer fragwürdigen Migrationskampagne, die medial als neue Jahrhundertaufgabe gepriesen wird.

Ist das der neue Politikstil, der von den Medien meines Erachtens vielfach zu unkritisch verbreitet wird? Regieren mit Propagandaslogans wie Merkels: *„Wir schaffen das!"* Es fehlen jegliche Voraussetzungen, um etwas zu schaffen, was rechtlich nicht geboten und nie gesellschaftlicher Konsens war. Diese autokratisch von der Kanzlerin „verordnete Aufnahme" von Menschen völlig anderer Kulturen und Ethnien stellt das Land vor eine Zerreißprobe. Ohne Arbeitsperspektive lässt sich die große Zahl von Migranten jedoch nicht integrieren, sondern allenfalls der Mangel verwalten.

*Das wäre dann wie in zweifelsfrei totalitären Regimen.*

Es wird autokratisch geführt und wenn es nicht rund läuft, wird Verantwortungsverschleierung betrieben. Der Niedergang der Werte erfasst dann auch die gesamte Gesellschaft. Der Rechtsstaat wandelt sich nach und nach zu einem Willkürstaat[4]. Jeder nimmt sich, was er möglichst leistungslos bekommen kann. Statt Eigenverantwortung verlässt man sich lieber auf Stütze durch die öffentliche Hand. Die noch arbeiten, werden durch viel zu hohe Steuern belastet. Die untere Mittelschicht wird nach unten abgedrängt und ist gezwungen, immer mehr Billigware zweifelhafter Herkunft zu kaufen, um über die Runden zu kommen. Die Souveränität der Konsumenten, die über

**Dr. Ulrich Horstmann**

**Autor von Fachbüchern, »Die Währungsreform kommt! Über Versuche der Politiker, den Euro zu retten...«, beklagt, daß Ludwig Erhards Slogan »Wohlstand für Alle« heute nur noch eine leere Phrase ist, sieht in einem Bargeldverbot die orwellsche Diktatur und in Google, Facebook und Blackrock die neuen »Masters of Universe«, die sich jeder Kontrolle entziehen.**

verbesserte Güterqualität einen nachhaltigen Nutzen haben sollten, wird dann immer mehr eingeschränkt. Nach Ludwig Erhard sollten aber zuerst und nicht zuletzt die damals noch so genannten „kleinen Leute" von der Marktwirtschaft profitieren. Der Staat sollte Steigbügelhalter für ihren Aufstieg unter Anderem durch niedrige Steuern und Sparförderung sein. Ein faires Wettbewerbssystem sollte ihre Teilhabe sichern. Keinesfalls sollten sie durch Alimente ruhiggestellt oder de facto gesellschaftlich „weggesperrt" werden. Erhard wollte ihnen nach der Überwindung der Diktatur in Deutschland nach 1945 ihre Würde wiedergeben und wurde mit dieser menschenfreundlichen Politik in Wahlen eindrucksvoll bestätigt.

*Mit der Abkehr von marktwirtschaftlichen Prinzipien wird eine weitere Abwärtsspirale ausgelöst, die zu immer mehr Interventionismus und Staatswirtschaft führt.*

Wir hatten das schon. Die DDR war eine „verproletarisierte Mangelgesellschaft". Bis zur Wiedervereinigung war der Westen noch ein Gegenpol. Wenn Sozialingenieure nach wie vor auf den „neuen Menschen"[5] setzen, die Volksverdummung weitergeht und der Rechtsstaat verkümmert und so eine „DDR 2.0"[6] geschaffen wird, werden sich viele Bürger immer mehr zurückziehen. Das zerstört dann weitere Grundfeste unserer ursprünglich freiheitlich und demokratisch verfassten Gesellschaft!

*Es wird daher wieder Zeit für demokratiekonforme Reformen und damit für Ludwig Erhards freiheitssicherndes und marktwirtschaftliches Konzept.*

Zu fordern sind eine faire Berichterstattung und eine verbesserte Bildungspolitik nicht zuletzt auch in wirtschaftlichen Fragen[7]. Schädliche Einflussnahmen durch Interessensgruppen bleiben viel zu oft unentdeckt. Im Zweifel müssen die Sparer, Verbraucher und Steuerzahler die Kosten für die marktwirtschaftlich verfehlte und bürgerfeindliche Politik tragen.

Und dabei will ich mich hier gar nicht im Detail mit der skandalösen Vermögensumverteilung durch die Null- oder sogar Negativzinsen der EZB befassen. Das Einkommen und Vermögen von auch international gut vernetzten Anlegern und Managern bleibt relativ unangetastet, das ist der neue ‚Sozialismus für Reiche' . Max Otte spricht treffend in seiner Streitschrift ‚Rettet unser Bargeld' von der Möglichkeit einer ‚reinen Machtwirtschaft' statt einer ‚durch Recht und Gesetz geregelten Marktwirtschaft' (S. 38). Mangelnde Preistransparenz und Desinformation, z.B. im Internet (Einschränkung der fünf Sinne durch Manipulation), sichert neue wirtschaftliche Monopolstellungen. Für die breite Masse verteilen Sozialpolitiker dann zum Ausgleich vermeintliche „Bonbons", die ordnungspolitisch mehr als fragwürdig sind. Wer nimmt beispielsweise noch Anstoß an planwirtschaftliche und leistungsfeindliche Quotenvorgaben (Bsp.: „Frauenquote", sogar „Migrantenquoten" werden gefordert)?

**Liste der aktuellen politischen Fehlentwicklungen, die eine bürgerliche Gesellschaft ruinieren und den Wettbewerb ausschalten**

- **Dauerkrisenmodus, der vermeintlich ständig staatliche Interventionen erzwingt**, mit Null- und Negativzinsen, die die Werte einer bürgerlichen Gesellschaft aushöhlt (Gegensatz zu marktwirtschaftlicher Ordnungspolitik)
- **Beschränkung des Wettbewerbs zu Gunsten großer Anbieter durch Regulierungen, die kleine Marktteilnehmer ausgrenzen** (Verstoß gegen den marktwirtschaftlichen Leistungswettbewerb)
- **Mindestlöhne** (Sie gehören nicht in ein marktwirtschaftliches System. Das Problem zu schlechter Entlohnung ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass mangels Wettbewerbssicherung Konzernmacht immer größer wurde und die Globalisierung als Freibrief zur einer neokolonial anmutenden Ausnutzung von Arbeitskraft genutzt wurde, die im Gegensatz zum Kapital zu hoch besteuert ist)
- **Quote statt Leistung** (Bsp. „Frauenquote", das ist meines Erachtens Planwirtschaft pur)
- **Mietpreisbremse** (Planwirtschaft, die den Wohnungsbestand verrotten lässt und fragwürdige neue Privilegien schafft)
- **Staatliche Umverteilung bei der Altersversorgung** (der „Generationenvertrag", Verstoß gegen das familienbezogene Subsidiaritätsprinzip)
- **Zuwanderer werden leistungsfrei Teil des Sozialsystems** (Destabilisierung der Herkunftsregionen, wenn Arbeitskräfte dort verlorengehen und der Zuwanderregionen, wenn keine Integration in die Arbeitswelt möglich ist und Hilfen dauerhaft garantiert werden. Dies zerstört das Sozialsystem. Auch langjährig hier ansässige Bürger werden dies als unfair empfinden und ihre Arbeitsmotivation verlieren)
- **Interventionismus der EU** (zentralistische Mikrosteuerung von oben, z.B. das ‚Glühlampenverbot', dies ist planwirtschaftlich und gegen den Subsidiaritätsgedanken verstoßend)
- **Eine von wenigen internationalen Konzernen forcierte Digitalisierung, die nur wenigen Anbietern nutzt und die breite Masse entmündigt** (Ausschaltung eines fairen Wettbewerbs, die ‚fünf Sinne' der Nutzer werden durch gezielte Manipulationen weniger internationaler professioneller Anbieter kaum mehr genutzt, die Datenweitergabe wird zum Normverhalten und damit auch der Verlust an Freiheit, der eine bürgerliche Demokratie sichert)

*Die schöne neue sozialistische Welt, die von wenigen internationalen Großkonzernen und Oligarchen geprägt wäre, ist freiheits- und wettbewerbsfeindlich.*

Die sozialen staatlichen Aktivitäten sind oft nur Alibis, um falsche politische Weichenstellungen zu verschleiern. Sie verstärken die Abhängigkeit der Bürger von den neuen Hilfen, die sie zu Bittstellern machen und so gesellschaftlich ausgrenzen. Wer sich anstrengt, wird auf Grund einer fragwürdigen Quotierung benachteiligt. Der gesellschaftliche Aufstieg durch eigene Leistungen wird immer mehr erschwert.

*Solche dirigistisch-planwirtschaftliche Konzepte im Verbund mit kommerziellen Vorteilen für wenige große Digitalkonzerne sind bedrohlich.*

Auch sie desinformieren aus kommerziellen Gründen. Es gibt anscheinend keine Grenzen mehr, die Bürger liefern ihre Daten frei Haus und entmündigen sich damit selbst. Sie sind es dann weitgehend selbst schuld, wenn beispielsweise ‚Dash Buttons' mit Kaufmöglichkeit auf Knopfdruck von zu Hause aus ihr Leben bestimmen.

In scharfen Kontrast zur heutigen politischen Gemengelage standen die Vorstellungen Ludwig Erhards, des ersten Wirtschaftsministers in Westdeutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. Mitte der 60er Jahre, bereits Kanzler, stellte er sein Ordnungsbild der demokratischen Gesellschaft, die „Formierte Gesellschaft" – in Abgrenzung zu uniformierten Gesellschaft in den früheren Ostblockstaaten - vor. Besser wäre meines Erachtens die Bezeichnung seines Konzepts als „Demokratische Marktwirtschaft" gewesen, vermutlich eine frühe Etikettierung seiner Politikvorstellungen bereits in den 40er Jahren . Sie ist besser vermittelbar als die Begrifflichkeit „Soziale Marktwirtschaft", die bis heute immer wieder vorsätzlich oder fahrlässig irreführend interpretiert wird.

*Die gesellschaftspolitische Konzeption Erhards ging über die Regelung der Erfordernisse für eine funktionierende Marktwirtschaft weit hinaus und wird – aus naheliegenden Gründen[10] – nicht diskutiert.*

So ging es Erhard bei der „Formierten Gesellschaft" um eine „Gemeinschaft der christlichen Solidarität", um „eine Gemeinschaft, die sich in ihren Existenzfragen solidarisch weiß, die gemeinsame Ziele anstrebt und sich nicht von Gruppeninteressen leiten lässt". Untrennbare Einheit von „Freiheit für die Wirtschaft, Freiheit für den arbeitenden Menschen und beides in der Bindung an eine soziale Ordnung, an die christlich-soziale Idee"[11].

Die Klassengesellschaft wurde mit dem Erfolg von Ludwig Erhards Konzept der „Sozialen Marktwirtschaft" bereits in den 50er/60er Jahren überwunden. Die Macht der Verbände aber nahm dennoch immer weiter zu, was Erhard zunehmend Sorge bereitete. Er sah sein politisches Werk gefährdet und wollte das Erreichte sichern. Gruppeninteressen zerstören aus Sicht von Ordnungspolitikern wie Erhard die Marktwirtschaft und die freiheitliche Ordnung. Mehr Transparenz über Gruppeninteressen bei Bundestagsausschüssen wurde gefordert.

*Letztlich aber haben sich die Institutionen und gut organisierten Interessen auch zu Lasten der Gesellschaft weiter verstärkt durchsetzen können.*

Die Stärkung des Parlaments und das gleichberechtigte, faire Zusammenwirken freier Bürger ist zu sichern. Ludwig Erhards „Deutsches Gemeinschaftswerk" sollte soziale Investitionen statt Materialismus und Sozialkonsum fördern, ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts sollte aus Steuermitteln für Bildung, eine informierte Gesellschaft, und Infrastrukturmaßnahmen ausgegeben werden. Heute würde man vielleicht von einem zukunftssichernden Gesellschaftsfonds sprechen.

Eine vorausschauende Gesellschaft sollte Not nicht nur lindern, sondern bereits ihr Entstehen verhindern. Das heißt Zukunftsfonds – und eben keine Schuldenbelastung – für künftige Generationen sollten daher im Vordergrund stehen.
Bei Stärkung der Eigenvorsorge, maßvoller Besteuerung und sparsamer Gestaltung öffentlicher Haushalte wäre dies möglich. Ludwig Erhards Vorstellungen sind aktueller denn je, er hatte frühzeitig vor den Fehlentwicklungen, wie dem nicht mehr finanzierbaren Wohlfahrts- und Umverteilungsstaat, wirtschaftlicher Monopolmacht und zu einflussreichen Verbänden, gewarnt.

Ludwig Erhards Vorstellungen sollten heute – moderner formuliert und auf die Erfordernisse einer zunehmend von der Digitalisierung geprägten Gesellschaft mit mächtigen internationalen Konzern übertragen - wieder breiter diskutiert werden. Die heutige Tendenz zur ‚reinen Machtwirtschaft' (Max Otte) oder ‚Sozialismus für Reiche' (Jim Rogers) ist genau das Gegenteil, was Erhard wollte und wofür die bundesdeutsche Politik bis 1968 einstand. Die ‚1968'er wälzten Westdeutschland vergleichbar um wie die Kulturrevolution in China. Das wollte nur damals kaum jemand so interpretieren, vermeintliche sozial(istisch)e Errungenschaften sicherten die Macht der immer einflussreicheren Funktionäre, sie schufen eine inzwischen überforderte Sozialbürokratie.

*Heute – ein Vierteljahrhundert nach der Wiedervereinigung – bestimmen international tätige Konzerne und ihre Manager mehr denn je.*

Ihre oft enthemmten Bereicherungsaktivitäten werden ordnungspolitisch nicht mehr begrenzt. Es wird daher Zeit für eine demokratische Runderneuerung der Gesellschaft und eine Neubesinnung auf die zeitlosen marktwirtschaftlichen Konzepte Ludwig Erhards. Vorfabrizierte Sprechblasen sichern eine freiheitssichernde Zukunft nicht. Voraussetzung für eine Umsteuerung, die wieder Zukunftsvertrauen schafft, ist eine transparente und bürgernahe Politik, über die in den Medien wieder zweifelsfrei fair berichtet wird. •

*[1] Zitiert aus: Ludwig Erhard: Wohlstand für Alle, Düsseldorf, 8. Aufl. 1964 S.134f. | [2] Kurzform für die ‚Große Koalition' aus CDU/CSU und SPD | [3] Sahra Wagenknecht von den Linken beruft sich zwar auf Ludwig Erhard, interpretiert ihn aber m.E. zielgerichtet falsch. Für sie ist der Staat eben doch Mitspieler und nicht fairer Schiedsrichter, wenn er in sozialistischer Tradition Innovationen und Umverteilung von oben verordnen will. Das ist dann keine Bürgergesellschaft mehr, sondern ein, sozialistisches Überpreußen ohne Willkommenskultur' einer Angela Merkel | [4] Gesinnungsethik ersetzt dann Verantwortungsethik (die Begriffe prägte Max Weber) | [5] Vgl.: Gespräch mit Marina und Herfried Münkler: ‚Ein Traum für Deutschland', FAZ, 26.08.2016, S. 11 | [6] Den Begriff prägte Max Otte | [7] Ansonsten werden wir für dumm verkauft, auch im Internet, Desinformation beklagte bereits Max Otte in seinem Buch „Der Informationscrash" | [8] Diese Bezeichnung prägte der Investor Jim Rogers | [9] Horst Wünsche, Ludwig Erhards Soziale Marktwirtschaft, München 2015, S. 226 | [10] Die Gestaltungsmacht von Politikern (sozialer Umverteilungsstaat, der gegenüber den Bürgern oft verschleiert wird) und Konzernlenkern| (wenn z.B. der Wettbewerb zu Gunsten großer Firmen behindert wird) ist bei Nichtbeachtung von Erhards Prinzipien größer | [11] zitiert aus: Die formierte Gesellschaft, Ludwig Erhards Ordnungsbild der demokratischen Gesellschaft, Bonn 1966, S. 134 | [12] Ein unter Marketinggesichtspunkten unglücklich gewählter Begriff, der eine gute Idee abwertete*

# STATE OF THE ART
## ZEITGEIST DER MOBILITÄT

GRACE

### 200/bzw. 255 JAHRE ZWEIRADENTWICKLUNG

Not machte Menschen schon immer erfinderisch.
So kombinierte **Michael Kaßler 1761** in Braunsbedra, dem heutigen **Sachsen-Anhalt,** einfallsreich aus Dingen seiner alltäglichen Arbeit, ein Gefährt, das „hinten wie 'ne Karre, vorne wie 'ne Kutsche" konstruiert war.
Im Jahr **1817** wurde dann das zweite Laufrad von **Karl Drais** – die Draisine oder Laufmaschine genannt – in Mannheim erfunden und patentiert.

### 1761* - 2016

So können wir im nächsten Jahr das Jubiläum „200 Jahre Zweiradentwicklung" feiern.
Die MIFA-Bike Gesellschaft führt diese Tradition der Fahrradproduktion in ihrem neuen Werk an der A38, in Sangerhausen fort und ist als Produzent und Vorreiter für Mobilitätslösungen, für die Zukunft in Europa aufgestellt.

GRACE URBANIC
LAUFRAD

* Rad-Welt 23.März 1904 | Kassler-Laufrad.de

GRACE ist eine Kollektionsmarke der MIFA-Bike Gesellschaft mbH.

...mehr erfahren Sie unter: **www.mifa.de**

MIFA
DAS FAHRRAD.

Roland Tichy

# Das Geheimnis des Wirtschaftswunders

## Wie Ludwig Erhard seinen „marktwirtschaftlichen Putsch“ ausführte

Marktwirtschaft hat in Deutschland keinen guten Ruf - anders als in Ländern angelsächsischer Tradition. Zunftwesen und Korporatismus sind deutsche Traditionen, die weiter leben. Der Antisemitismus verdammt Geldgeschäfte und Spekulationen als „jüdisch“; das hat zu einer merkwürdigen Distanz zur Finanzindustrie bis zum heutigen Tag beigetragen. Um so erstaunlicher ist das Reformpaket, das Ludwig Erhard durchsetzen konnte:

Ludwig Erhard wurde im März 1948 zum Direktor der Verwaltung für Wirtschaft gewählt und übernahm damit umfassende Verantwortung für die notwendigen wirtschaftpolitischen Maßnahmen. Er nutzte dieses Amt, um der Neuordnung der Nachkriegswirtschaft in Westdeutschland seinen persönlichen Stempel aufzudrücken. In seiner Programmrede vom 21. April 1948 vor der Vollversammlung des Wirtschaftsrates des Vereinigten Wirtschaftsgebietes erklärte er, dass die deutsche Wirtschaftspolitik heute und für die nächste Zukunft unter dem Aspekt zweier großer Entscheidungen stehe: Der Währungsreform und der Aktivierung des Marshallplanes, dem Hilfswerk für Europa, das durch US-Präsident Truman angekündigt worden war und an dem – neben sechzehn europäischen Staaten – auch die drei westlichen Besatzungszonen Deutschlands Anteil haben sollten.

Erhard sprach ausdrücklich von „deutscher“ Wirtschaftspolitik, weil die Deutschen – trotz bestehender Einschränkungen ihrer Entscheidungsfreiheit auf manchen Gebieten – der Verantwortung für ihr Schicksal „nicht enthoben seien“. Allerdings reiche allein eine Währungsreform nicht aus, um eine Wende zum Besseren zu bringen: Die Zwangswirtschaft müsse abgeschafft werden. Er habe nicht die Absicht, den Mangel gleichmäßig zu verteilen, sondern ein Mehr an Gütern zu schaffen. Bezugsscheine und Preisbindungen seien möglichst mit einem Schlag zu überwinden.

Mit wenigen Vertrauten bereitete er die notwendigen administrativen Maßnahmen vor, die von seinen Gegnern, aber auch von vielen ihm Nahestehenden und manchen Fachleuten als risikante Radikalkur eingeschätzt wurden. Erhard wollte die güterwirtschaft-

liche Absicherung der Währungsreform. Nur so könne die Inflation überwunden, neue inflationäre Entwicklungen eingefangen werden. Er vertraute auf die Kräfte, die Leistungsstreben und Selbstverantwortung entfachen würden.

Das „ja" zu dieser Politik erfolgte in den Sitzungen der Vollversammlung des Wirtschaftsrates am 17. und 18. Juni 1948 durch die Annahme des sog. Leitsätzegesetzes („Gesetz über Leitsätze für die Bewirtschaftung und Preispolitik nach der Geldreform"), das Ludwig Erhard und sein Mitarbeiter Leonhard Miksch entworfen hatte. Mit dem Gesetz wurde den Kräften des Marktes Vorrang vor behördlichen Interventionen gegeben.

Zitat aus dem Gesetz, Anlage I.1.: *„Die Freigabe aus der Bewirtschaftung ist vor ihrer Beibehaltung der Vorzug zu geben"* sowie Anlage II.1.: *„Die Freigabe der Preise ist vor der behördlichen Festsetzung der Vorzug zu geben."*
Am Rande: Das Leitsätzegesetz war ein Gesetz mit Verfallsdatum. In Artikel IV steht, es tritt „mit der gesetzlichen Geldreform in Kraft und am 31. Dezember 1948 außer Kraft". Recht kurz bemessen, zeigt es die Überzeugung: Eine schnelle Besserung ist möglich.

Bevor die Alliierten das Inkrafttreten des Gesetzes genehmigten, hob Erhard am 20. Juni 1948, zur Einführung der D-Mark, ohne Rücksprache mit den Alliierten Preis- und Bewirtschaftungsvorschriften auf. Neunzig Prozent der Preisvorschriften wurden außer Kraft gesetzt, der seit 1936 geltende Preisstopp wurde aufgehoben, kurze Zeit später die Gewerbefreiheit wieder eingeführt und der Lohnstopp beendet.

**Roland Tichy**

**Wirtschaftsjournalist,**
**Vorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung e.V.,**
**absolvierte die Deutsche Journalistenschule,**
**Studium Volkswirtschaft, Politik, Kommunikationswissenschaften,**
**war Chefredakteur der WirtschaftsWoche.**
**Er betreibt heute mit »Tichys Einblick«**
**eines der meistgelesenen Blogs.**

Die Währungsreform wurde durch diese Wirtschaftsreform ergänzt und damit zu einem Erfolg. Die Nichtbeteiligung der Alliierten an den Preis- und Bewirtschaftungsfreigaben führte kurzfristig zwar zu Verstimmungen, die allerdings durch General Lucius D. Clay, den amerikanischen Militärgouverneur, zugunsten von Erhard entschieden wurden. Als historische Aussage von Erhard ist aus dem Gespräch mit Clay der Satz erhalten geblieben: „Ich habe die Vorschriften nicht geändert (was nur mit alliierter Genehmigung möglich war), ich habe sie außer Kraft gesetzt" (was nicht ausdrücklich geregelt war).

Ludwig Erhard hat übrigens später wiederholt bedauert, mit seinen ersten Liberalisierungsmaßnahmen nicht weiter gegangen zu sein, denn es war ein mühsamer Prozess in den jeweiligen politischen Gremien, um den Bereich freier Märkte in der Folgezeit weiter auszudehnen.

Welche Wirkungen hatten Wirtschafts- und Währungsreform? Zahlreiche Berichte lauten ungefähr so: Vom Juni 1948 ab änderte sich alles mit einem Schlag. Die Produktion in der Industrie und der Landwirtschaft wuchs. Der Wiederaufbau erreichte ein solches Tempo, wie man es sich in keinem der benachbarten Länder vorstellen konnte.

Die Wochen nach der Währungsreform gehörten wohl zu den turbulentesten der deutschen Wirtschaftsgeschichte in der Nachkriegszeit. Der lange Jahre aufgestaute, fast unbegrenzte Nachhol- und Ersatzbedarf, die ungedeckte Nachfrage der Konsumenten drängten auf die von den gröbsten Fesseln der Bewirtschaftung befreiten Märkte. Die „Wundergeschichte" lässt oft jenen Teil der Bevölkerung außer Acht, der – durch Preissteigerungen und Arbeitslosigkeit irritiert – dem Kurs Erhards mit großer Skepsis gegenüberstand und erst durch die im eigenen Portemonnaie sichtbaren Fortschritte überzeugt wurde.
Am 12. November 1948 riefen die Gewerkschaften zum „Generalstreik" auf. Er richtete sich ausdrücklich gegen den für die Wirtschaft verantwortlichen Wirtschaftsdirektor Ludwig Erhard. Knapp ein Jahr später war Erhard, inzwischen Bundesminister für Wirtschaft, zu Gast als Redner beim Gründungskongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Stuttgart, bei dem Hans Böckler (übrigens wie Erhard aus

Fürth und Erhards Gesprächspartner in den schwierigen Fragen des Übergangs von der Zwangswirtschaft zur Sozialen Marktwirtschaft) zum ersten Vorsitzenden des DGB gewählt wurde.

Ludwig Erhard stand über viele Jahre hinweg sowohl als Wirtschaftsminister als auch als Bundeskanzler in einem regelmäßigen Gedankenaustausch mit Gewerkschaftern. Auf Arbeitgeberseite waren Kontakte zu den Spitzenverbänden der gewerblichen Wirtschaft gleichfalls zahlreich. Von Beginn an war das Verhältnis Erhards zu den Verbänden des Handwerks gut (über lange Zeit ausgesprochen freundschaftlich). Ähnliches lässt sich über die Handelsverbände sagen.
Anders verhielt es sich mit der gegenseitigen Einschätzung von Erhard und dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI): Hier stand bis 1957 der Kampf um das Kartellgesetz („Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen") einem unvoreingenommenen Meinungsaustausch häufig im Weg.
In einer aktuellen Tagung der Ludwig-Erhard-Stiftung über Erhards Vorgehen haben sich die Beteiligten auf den Begriff „marktwirtschaftlicher Putsch" verständigt. Erhard hat also einen günstigen Moment genutzt, um Reformen zu verwirklich, die gegen die herrschende Vorstellung gerichtet waren. Der Erfolg gab ihm Recht.

Seither bewegt sich die Politik in einem Art Schweinezyklus von Zustimmung und Ablehnung der Marktwirtschaft. Schweinezyklus ist ein Begriff ursprünglich aus der Agrarwissenschaft und bezeichnet eine periodische Schwankung auf der Angebotsseite, wie sie exemplarisch ursprünglich auf dem Markt für Schweinefleisch von Arthur Hanau in seiner Dissertation über Schweinepreise 1927 dargestellt wurde.

Auch bei der Produktion von Industriegütern wie zum Beispiel Computerchips kann der Schweinezyklus beobachtet werden: Hohe Preise für Speicherchips führen zu einem Anziehen der Investitionen und zeitverzögert zu einem Aufbau neuer Kapazitäten. Wenn die neuen Kapazitäten am Markt sind, entsteht ein Überangebot, das die Preise fallen lässt und zu verringerten Investitionen führt, bis die Nachfrage das Angebot, das wiederum nur zeitverzögert reagiert, wieder übersteigt. Auch auf Immobilienmärkten (vgl.: Immobilienuhr) oder bei der Förderung von Rohstoffen wie etwa Erdöl können sich Märkte nach dem Schweinezyklus verhalten.

## Übertragen auf die Politik:

Wenn es allen gut geht, sinkt das Interesse an der Marktwirtschaft. In der Stunde der wirtschaftlichen Not erinnert man sich wieder daran. Ein Beispiel dafür sind die Sozialreformen unter Bundeskanzler Gerhard Schröder, die zu einer Stärkung marktliberaler Bedingungen führten. Derzeit haben wir sicherlich kein Überangebot an marktwirtschaftlichen Reformen. •

Anzeige

**Europa steht mal wieder – wie so oft in der Geschichte – am Scheideweg:** Die einen wollen ein zentralistisches kopflastiges Europa, die anderen präferieren eine föderale Union von weiterhin selbstständigen Nationalstaaten, Regionen und Kommunen.
Doch nicht nur der Streit über die zukünftige Ausrichtung Europas droht das große Friedensprojekt zu zerstören. Terrorangriffe, Flüchtlingskrise, wirtschaftlicher Niedergang und eine Zentralbank, die Amok läuft – selten fand sich Europa mit so vielen Baustellen konfrontiert. Die Politik scheint unfähig, die dringend notwendigen Reformen anzupacken, stattdessen investiert sie wertvolle Ressourcen in bloßen Machterhalt oder teure Wahlgeschenke.
Doch wie kann Europa gegenüber der globalen Konkurrenz künftig bestehen? Wie können die inneren und äußeren Spannungen, die Europa bedrohen, abgebaut werden? Wie entfesselt man Europa, um die digitale Revolution zu bestehen? Und was können die Bürger dafür tun?

Gottfried Heller | Ulrich Horstmann | Stephan Werhahn
**SOS Europa**
Wege aus der Krise – ein Kompass für Europa

FBV
www.finanzbuchverlag.de

Prof. Dr. Michael Elicker

# Die heutige Steuerprogression
## – dasselbe wie zu Ludwig Erhards Zeiten?

Der heute geltende Einkommensteuertarif geht in seiner Grundstruktur auf das Jahr 1958 zurück; die Gesetzgebung fiel also mitten in Ludwig Erhards Zeit als Bundeswirtschaftsminister. Wie kann man sich also als Anhänger der sozialen Marktwirtschaft über die Steuerprogression beklagen?

Doch - das darf man sehr wohl. Denn damals war der Tarif der Einkommensteuer ausweislich der Gesetzesbegründung (BT-Drucks. 3/260, S. 43) **bewusst so angelegt worden, dass annähernd 95 v. H. aller zu besteuernden Personen nach dem Proportionalsatz von 20% besteuert wurden.** Nur die bestverdienenden 5 v. H. der Steuerpflichtigen waren überhaupt von der erst für ihre Einkommensgrößen einsetzenden Tarifprogression berührt. Die Entwicklung über die nachfolgenden Jahrzehnte ist insbesondere durch das Aufrücken der Durchschnittsverdiener in die Progressionszone gekennzeichnet. Dieses wurde unter dem **„Nominalwertprinzip"** des deutschen Einkommensteuerrechts („Mark = Mark") wesentlich durch die Geldentwertung verursacht.

Die Nominalwerte der Eckpunkte des progressiven Tarifs blieben über Jahrzehnte praktisch unverändert, was de facto eine **ständige Steuerverschärfung ohne gesetzgeberische Entscheidung** bedeutete. Ab dem Jahre 1968 galt der Einkommensteuer-Höchstsatz ab einem zu versteuernden Einkommen von 110.000 DM. 1992 „entdeckte" das Bundesfinanzministerium, dass dieser noch immer geltende Wert nunmehr nur noch dem 2,5-fachen des Durchschnittseinkommens entsprach (Interne BMF-Vorlage vom 7.9.1992, S. 7). Man rang sich dazu durch, den Spitzensteuersatz künftig „erst" ab 120.042 DM greifen zu lassen. Hätte man die reale, inflationsbereinigte Einkommensentwicklung als Maßstab genommen, so hätte der Spitzensteuersatz seinerzeit erst bei etwa 1 Million DM beginnen dürfen.

Zu der sich hieraus ergebenden immer höheren Besteuerung der großen Masse der Durchschnittsverdiener über die Jahre kommt ein weiterer befremdlicher Effekt hinzu: Die Umverteilungswirkung des progressiven Tarifs ergibt sich ja nicht nur aus der gesetzlich festgelegten Tarifformel, sondern auch aus der prozentualen Besetzung der in extrem veralteten Nominalwerten bezeichneten Einkommensklassen. Auch die ursprüngliche „verteilungspolitische" Aussage der Tarifgestalt ist somit durch tatenloses Zusehen des Steuergesetzgebers völlig entstellt worden.

Der Haupteffekt jahrzehntelanger kalter Progression war die fast unmerkliche Anhebung der Gesamtsteuerlast auf ein nie gekanntes Niveau. Sehr treffend wird die kalte Progression denn auch als „heimliche Steuererhöhung" bezeichnet. Der Begriff wurde ursprünglich durch den Bund der Steuerzahler geprägt - vgl. die Broschüre „Die heimlichen Steuererhöhungen" aus dem Jahre 1960. Er ist inzwischen allgemein üblich, da von augenscheinlicher Plausibilität: Dem Normalverdiener wird Jahr für Jahr ein immer größerer Anteil seines Lohns vorenthalten. Das Steueraufkommen wird schlicht durch Unterlassen, durch das scheinbare Beibehalten des status quo stetig vergrößert, ein bei Politikern beliebter Weg des geringsten Widerstandes - die Engländer würden es wahrscheinlich „daylight robbery" nennen. In der Schweiz ist solches ausdrücklich durch die Verfassung verboten. Auf diese Weise wurde der progressive Tarif der Einkommensteuer neben der Einführung kreditfinanzierter Wohltaten unter dem Deckmantel „keynesianischer" Konjunkturpolitik zur wesentlichen Mitursache der drastischen Erhöhung der Staatsquote seit den Zeiten Ludwig Erhards und seines Wirtschaftswunders.

Prof. Dr. Michael Elicker

Hochschullehrer für Steuerrecht
an der Universität des Saarlandes und
Unternehmensberater in Luxembourg
und Mitglied im Beirat des DAV

Die Forderung, den heute geltenden progressiven Formeltarif des § 32a EStG durch einen „flachen", proportionalen Tarif zu ersetzen, mag vordergründig radikal erscheinen. In Umfragen allerdings, bei denen die Befragten unter drei Tarif-Alternativen den Steuertarif ankreuzen sollten, der als der gerechteste beurteilt wurde, haben sich rund 80% der Befragten für die Alternative entschieden, die folgendermaßen beschrieben war: „Oberhalb eines steuerfreien Existenzminimums soll man doppelt so viel Steuern zahlen, wenn man doppelt soviel verdient." Damit hatte die überwältigende Mehrheit der Befragten ein Zusammenwirken von Grundfreibetrag und proportionalem Tarif, als gerechteste Variante der Besteuerung des Einkommens identifiziert. Das hier zum Ausdruck kommende Gerechtigkeitsempfinden entspricht der ältesten Gerechtigkeitslehre der Welt, der nikomachischen Ethik des Aristoteles (384–322 v. Chr.) über die „austeilende", somit auch Lasten verteilende Gerechtigkeit (iustitia distributiva): „Das Gerechte ist das Proportionale."

Jan Brill

# Eine Behörde im freien Fall

Individueller Luftverkehr ist für viele Unternehmer ein unverzichtbares Werkzeug im nationalen und internationalen Wettbewerb. Doch wie kaum ein anderer Sektor in der Verkehrsinfrastruktur ist die sogenannte Allgemeine Luftfahrt vom Übergang auf Europäische Vorschriften betroffen. Das Luftfahrtbundesamt, das diesen Wandel maßgeblich mitgestalten könnte, hält sich auf Europäischer Ebene zurück und versagt in der Umsetzung der gemeinsamen Europäischen Regeln sichtbar und kläglich.

Mehrere Audits der vorgesetzten European Aviation Safety Agency (EASA) brachten in den letzten Jahren das ganze Ausmaß des behördlichen Versagens an den Tag.

In der Allgemeinen Luftfahrt trifft nicht selten die Begeisterung für Fliegen und Technologie auf einen handfesten wirtschaftlichen Nutzen im Unternehmen. Hört man von Reisen im privaten Flugzeug stellen sich viele Menschen den Jetset vor: schnelle, schicke VIP-Flugzeuge die von Metropole zu Metropole eilen. Heute Hambug, morgen Mailand, übermorgen Rom.

Von der „Arbeitsebene" in der Geschäftsluftfahrt könnte dieses Bild kaum weiter entfernt sein. Unternehmer, die sich entscheiden ein Individual-Flugzeug für geschäftliche Zwecke zu nutzen, pflegen in aller Regel einen sehr viel weniger glamourösen Reisestil.

Flugzeuge in diesem Bereich werden nämlich in aller Regel nicht danach ausgesucht ob die Dreiwetter-Taft-Frisur bei der Ankunft noch sitzt, sondern nach sehr viel mondäneren Gesichtspunkten. Wettertauglichkeit, die Fähigkeit auf kleinen Pisten bis hin zu Grasbahnen starten und landen zu können und vor allem die Kosten sind die entscheidenden Auswahlkriterien.

Denn ihren Nutzen spielt die Allgemeine Luftfahrt nicht auf der Strecke Hamburg – Mailand – Rom aus. Mit dem Firmenflugzeug lassen sich vielmehr Direktverbindungen nach Wunsch herstellen: Von Kempten nach Avignon in Südfrankreich? Oder von Rostock nach Girona in Spanien?

Solche Verbindungen lassen sich im Linienluftverkehr meist gar nicht oder wenn überhaupt dann nur mit vielen Umsteigeaufenthalten und wechselnden Verkehrsmitteln bewerkstelligen. Der Zeitaufwand berechnet sich hier eher in Tagen als in Stunden. Mit dem privaten Flugzeug sind solche Strecken in zwei oder drei Stunden geschafft. Zielgenau und wann immer nötig.

Dabei bewegen sich die Kosten weit unterhalb des Jetset-Levels. Mit Flugstunden-Vollkosten ab 200 Euro lässt sich die Strecke Kempten – Avignon in zweieinhalb Stunden bewältigen. Mit jedem anderen Verkehrsmittel wäre mindestens ein ganzer Arbeitstag zu veranschlagen.

Man muss also kein passionierter Flieger sein um diesen Rahmendaten etwas abzugewinnen. Flugzeuge, die in deutschen Unterneh-

**Jan Brill**

**Chefredakteur und Herausgeber des Fachmagazins „Pilot und Flugzeug"**
**Fliegt seit seinem 14. Lebensjahr, Berufspilot, Fluglehrer und Prüfer**
**Wenn er nicht gerade das Luftfahrzeugbundesamt oder die EASA ärgert –**
**als Pilot und Ausbilder in einem Ambulanzflugzeug tätig**

men Dienst tun sind Arbeitsgeräte. Häufig mehr als 20 Jahre alt (was nichts über die Betriebssicherheit aussagt), die meisten mit Kolbenmotor und vom Unternehmer selbst geflogen.
Oft haben diese Maschinen nicht mehr als vier Plätze, einem Innenraum für den sich ein VW-Käfer der letzten Baureihe schämen würde und verfügen nicht einmal über eine Druckkabine. Dafür haben Sie modernste Navigationselektronik an Bord und sind trotz geringer Größe fast allwettertauglich. Das ist die Allgemeine Luftfahrt. Hier wird täglich die Arbeit erledigt.

Diese Betreiber sehen sich in einer von kommerziellen Flugbetrieben beherrschten Verkehrsinfrastruktur einer Flut von europäischen Regeln und Vorschriften ausgesetzt, deren Autoren nicht selten kaum etwas über die betrieblichen Erfordernisse der Allgemeinen Luftfahrt wussten. Europäische Regeln für die Großluftfahrt werden frei von Sachkenntnis auf vollkommen anders veranlagte Verkehrsarten angewendet. Das ist in etwa der Refrain mit dem die Allgemeine Luftfahrt in ganz Europa seit rund 20 Jahren zu kämpfen hat.
Deutsche Betreiber sehen sich hier aber mit einem ganz besonderen Nachteil konfrontiert. Während die Luftfahrtbehörden anderer europäischer Länder auf europäischer Ebene mitwirken und bei der Konzeption und Umsetzung der Regeln die Interessen der eigenen Luftfahrtbetreiber zumindest berücksichtigen, glänzen Verkehrsministerium und Luftfahrtbundesamt (LBA) nicht nur durch Abwesenheit in den europäischen Gremien, sondern auch durch mangelnde Fachkenntnis und Methodik bei der Umsetzung.

Die Folgen sind gravierend. Deutsche Flugschulen warten teilweise seit mehr als zwei Jahren auf Genehmigungen, die ihre englischen und österreichischen Mittbwerber nach nur Wochen auf dem Schreibtisch liegen haben. In einem hoch mobilen Markt, in dem es sich ein Schüler aussuchen kann in welchem europäischen Land er Aus- und Weiterbildungen absolviert, ist dieser Zustand nicht nur ein Wettbewerbsnachteil, er bedeutet de facto ein Tätigkeitsverbot für die betroffenen Ausbildungsbetriebe.

Die Regeln werden von der European Aviation Safety Agency (EASA) gemacht. Kommission und EU-Parlament nicken diese nur ab. Bei der EASA hat vor ca. drei Jahren ein Umdenken eingesetzt und man beginnt nach Jahren der Fehlsteuerung die Erfordernisse der Allgemeinen Luftfahrt zu berücksichtigen. Das bedeutet noch mehr Änderungen, noch mehr Übergangsregelungen, Bestandsschutz-Probleme und eine Verordnungslage, die sich im Monatsrhythmus ändert.

Bei dieser Entwicklung kann das LBA nicht mehr mithalten. Auch aufgrund jahrelanger personeller Fehlentwicklungen hat man im Luftfahrtbundesamt kein qualifiziertes Personal. Es gibt in einer Fachbehörde praktisch keine Leute mehr die Sachverhalte aus der Praxis heraus beurteilen können. Das Luftfahrtbundesamt befindet sich im freien Fall. Das hat auch die EASA festgestellt. In mehreren Audits schnitt das LBA als zweitschlechteste Behörde in Europa ab. Gefolgt nur von Griechenland!

In Kategorien in denen Länder wie Frankreich, England oder die Schweiz vielleicht eine oder auch gar keine Beanstandung einstecken mussten, kassierte das LBA 18 (achtzehn!) sicherheitsrelevante Mängel!

Nicht nur fachlich ist in der Braunschweiger Behörde Land unter, auch in ganz allgemeinen organisatorischen und methodischen Bereichen fanden die Prüfer der EASA schwere Mängel. Kein Safety-Management, keine Qualitätskontrollen, ein Rist-Assessment. So sieht es zumindest in der für Ausbildung, Lizenzierung und Flugmedizin zuständigen Abteilung aus.

In einem hochspezialisierten, sicherheitsrelevanten Bereich, der für die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmer von entscheidender Bedeutung ist, spielt sich vor den Augen der Branche und der vorgesetzten europäischen Behörde ein handfestes Staatsversagen ab.

Für die deutschen Luftfahrtunternehmen, die für ihre Tätigkeit und Wettbewerbsfähigkeit auf eine effiziente und kompetente Genehmigungsbehörde angewiesen sind ist dieser Zustand schlichtweg existenzbedrohend.

Stephan Werhahn

# Renaissance der **Dualen Ausbildung** und des **Meisterbriefs**

**Stephan Werhahn**

Enkel Konrad Adenauers, Unternehmer, Gründer und Leiter des Steinbeis-Instituts „Europa der Marktwirtschaften" und Bundesvorstandsmitglied der Mittelstand und Wirtschaftsvereinigung von CDU und CSU (MIT)

Die Erfolgsgrundlage der deutschen Wirtschaft war und ist die duale Ausbildung, die Ausbildung in der Praxis. Vater der dualen Ausbildung war Ferdinand von Steinbeis, im Jahre 1855 Präsident der gewerblichen Ausbildung in Württemberg. Er sah glasklar voraus: „Industriearbeitskräfte der Zukunft benötigen theoretisches Wissen gekoppelt mit praktischem Können." Er beschaffte u.a. Gottlieb Daimler ein Stipendium für sein Elektrotechnikstudium und Robert Bosch einen Kredit zur Entwicklung seiner Versuchsanstalt in eine Fertigung.

In diesem Geiste muss auch heute die duale Ausbildung europaweit eingeführt und der Meisterbrief wieder reaktiviert werden.

Die Lage bei den Handwerksberufen ist kritisch: die Abschaffung der Meisterpflicht in 53 Handwerksberufen in 2003 hat die Ausbildung in diesen Berufen deutlich geschwächt. Zwar ist insgesamt die Zahl der Auszubildenden im Handwerk aufgrund der Demografie und einem Trend weg von Ausbildung hin zu Hochschulabschlüssen zurück gegangen, aber in den Berufen, bei denen die Meisterpflicht abgeschafft wurde sind die Ausbildungszahlen überdurchschnittlich gesunken. So ging die Zahl der Ausbildungsanfänger bei den A-Berufen seit 2003 um ca. 18 % zurück. Bei den B1-Berufen aber um rund 30 %. Die Zahl der bestandenen Meisterprüfungen ist bei den A-Berufen seit 2003 um ca. 17 % zurückgegangen, in den B1-Handwerken um rund 57 %. Zwar hat sich – wie von der Politik erhofft – die Zahl der Neugründungen durch die Abschaffung der Meisterpflicht in den B1-Handwerken erhöht von 3.894 in 2003 auf 32.291 im Folgejahr, aber auch in den A-Handwerken hat sich die Zahl der Gründungen von 32.750 auf 40.650 erhöht. Neben der Reform der Handwerksordnung haben auch die damals geltende Förderung der Ich-AG und die EU-Osterweiterung den Trend, vor allem bei den B1-Betrieben, verstärkt. Allerdings waren die Neugründungen im B1-Bereich nicht nachhaltig: Nach fünf Jahren waren weniger als 50 % dieser Neugründungen am Markt mit entsprechend nachteiligen Auswirkungen auf Geschäftspartner und Privatkunden bei den Themen Garantie und Zahlungsverpflichtungen. Im gesamten Handwerk sind nach fünf Jahren noch rund 70 % der Neugründungen am Markt.

Deswegen ist auch sinnvoll, die im Zuge der Handwerksreform abgeschaffte Meisterpflicht für neu gegründete Unternehmen in den Berufen wieder einzuführen. Sie trägt dazu bei, die berufliche Ausbildung auf beide Beine zu stellen, das Wissen und das praktische Können. Dies fordert u.a. auch die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT). Die Renaissance der dualen Ausbildung und des Meisterbriefs hat Gemeinwohlgründe: die Sicherung des fachlichen Nachwuchses, Verbraucherschutz, Mittelstandsförderung, Unternehmerschutzverantwortung, öffentlicher europaweiter Auftragsvergabe und Arbeitnehmerverantwortung. Die Meisterpflicht schränkt daher in verfassungsrechtlich zulässiger Weise die Berufsfreiheit gem. Art. 12 GG ein und verfolgt zugleich EUrechtliche Ziele.

Ziel ist es in jedem Falle, die berufliche Ausbildung entakademisieren, d.h. weg von der Fixierung auf Abitur und Studium. Wir müssen wieder eine Vielfalt an Lebensentwürfen zulassen und fördern. Fördern dadurch, dass wir die gesellschaftliche Wertigkeit und Anerkennung von handwerklichen Berufen, Berufen in der Dienstleistung etc. „öffentlich positiv zur Schau stellen". Talente kann man in jungen Menschen erkennen, wenn man sie aus nächster Nähe beobachtet und dann fördert. Dazu gehört auch eine Hinwendung zur praxisnahen Ausbildung und eine gehörige Portion Mut, die eher der mittelständische Unternehmer hat, weniger der große Konzern, den eigenen Beobachtungen und Erfahrungen mit den jungen Menschen zu vertrauen. In großen Organisationen werden üblicherweise Zeugnisse angeschaut und anonym entschieden, wer angestellt wird. Dagegen erkennt der mittelständische Unternehmer oder der Handwerksmeister u.U. auch im Schulabbrecher oder Spätentwickler ein wertvolles Talent - so er es hat - und kann setzt es einsetzen und fördern ohne nur die Zeugnisse anzuschauen.
Es ist auch nicht so, dass es auf „Geld und gleiches Einkommen" ankommt. Menschen haben seit es Menschen gibt, eine intrinsische Motivation, die es zu erkennen und zu heben gilt. Lob, Würde, Stolz auf das Erreichte, eine Klima, in dem „man sein kann" sind mindestens ebenso wichtig. Und ein glückliches und würdevolles Leben wird von diesen Faktoren mindestens in gleicher Weise getragen.

Die berufliche Ausbildung sollte durch diese konkreten Maßnahmen gefördert werden:

- Stärkung der höheren beruflichen Bildung, u. a. durch bundesweite Einführung des Berufsabiturs und Zugangsmöglichkeiten für Meister zu Master-Studiengängen,
- Erhöhte Förderung der Berufsbildungs- und Kompetenzzentren durch Bund und Länder
- Qualitätsverbesserung durch regelmäßige Evaluierungen nach bundesweiten Standards für die Meisterschulen (Meister-PISA)
  Erhöhte Leistungen beim Meister-BAFöG •

Staat & Steuern

# Apple, EU & 13 Mrd. Euro

Das hat für Aufsehen gesorgt: Die EU Kommission kam zum Schluss, dass Apple bis zu 13 Milliarden Euro Steuern plus Zinsen nachzahlen solle. Die von Irland gewährten Steuer-Vergünstigungen für Apple seien unzulässig.

Die EU-Kommissarin Margrethe Vestager, zuständig für die Einhaltung der Wettbewerbsregeln im EU-Binnenmarkt, habe nach ihrer »mutigen« Entscheidung das »Zeug zur Volksheldin«, wie der »Tagesspiegel« in Berlin schon fabulierte.

Die vielen Milliarden, die Apple auf der hohen Kante hat, rufen den Neid der Staaten hervor, denen so etwas nicht gelingen will. Doch Rücklagen sind wichtig, und sehr schnell kann aus einem wie eine feste Trutzburg dastehenden Konzern eine Ruine werden. Beispiele gibt es genügend. Aber leider lernt das kein Finanzminister.

Erstaunlich dass die meisten Zeitungen bis hin zur FAZ alle schon schrieben, als ob der Kommissions-Spruch schon das Ende wäre: Apple muss zahlen.

Doch bisher ist es nur der fromme Beschluss der EU-Kommission. Um kräftig einzuheizen, verbreitete die Kommission noch, dass davon auch alle anderen Länder profitieren könnten. Der Verweis darauf, dass auch andere Staaten als nur Irland wegen der Verkäufe von Apple Produkten auf ihrem Gebiet Anspruch auf Teile der Summe haben könnten, ließ das Wasser im Mund der Finanzminister zusammenfließen. »Wie verteilen wir die Milliarden?« war nur noch die Frage.

## So macht man Stimmung.

Die Bedeutung der EU-Kommissions-Entscheidung ist kaum zu überschätzen, wenn sie vor dem Europäischen Gerichtshof Bestand haben sollte. Denn dann würden Vereinbarungen willkürlich hinfällig, die zwischen Unternehmen und Staaten getroffen wurden, wenn es irgendjemandem nicht paßt. Rechtssicherheit - einer der wichtigsten Pfeiler von Rechtsstaaten - gäbe es dann nicht mehr.

Noch längst ist nicht ausgemacht, ob Apple bezahlen muss. Apple und Irland klagen gegen die Entscheidung vor dem Europäischen Gerichtshof. Der Prozeß dürfte außerordentlich kompliziert sein und entsprechend lange dauern.

Apple CEO Tim Cook nannte das einen „beispiellosen Schritt", der »ernsthafte, weitreichende Auswirkungen« hätte. Er griff die EU scharf an: „Politischer Mist!" Irland werde schikaniert.

Zur Erinnerung: In den achtziger Jahren war Irland der kranke Mann Europas, kaum Industriebetriebe, hohe Arbeitslosigkeit, Schulden. Apple war noch ein kleines Unternehmen und suchte einen Vorposten für Europa. Da kam Irland gerade recht. Beide verabredeten einen sehr geringen Steuersatz. Dafür richtete Apple in der damaligen Wirtschaftswüste die Europa-Zentrale ein. Eine damals mutige Entscheidung; das Experiment ging gut aus.

Irland hat mit 12,5 Prozent den niedrigsten Steuersatz für Unternehmen in Westeuropa. So gelang es dem früheren »kranken Mann« Europas, daß sich allein in Dublin rund 700 US-Unternehmen ansiedelten, darunter Google und Facebook. Sie beschäftigen rund 140 000 Menschen und lassen viel Geld in der Staatskasse. Attraktive Steuern - eine wichtige Voraussetzung für Irland im Konkurrenzkampf mit anderen Staaten.

Doch jetzt soll die Verabredung mit Apple rückgängig gemacht werden, weil die vielen Dollars in den Augen der EU zu verlockend erscheinen.

Cook weiter: »Im Grunde empfiehlt die EU-Kommission, die irischen Steuergesetze dahingehend zu ersetzen, wie das Gesetz nach Ansicht der Kommission hätte sein sollen. Dies hätte verheerende Folgen für die Souveränität der EU Mitgliedsstaaten in eigenen Steuersachen und das Prinzip der Rechtssicherheit in Europa.«

Immerhin habe Apple, betonte Cook, im Jahr 2014 400 Millionen Dollar Steuern an Irland abgeführt und sei der wohl wichtigste Steuerzahler im Land.

Die irische Regierung will gegen den Beschluss der EU-Kommission vorgehen: »Irland hat Apple keine Steuervorteile gewährt.« Sämtliche fällige Steuern seien bezahlt; es seien keine unerlaubten staatlichen Beihilfen gewährt worden. Für Irlands Wirtschaft hätte das katastrophale Folgen.
Nun sind Steuern international tätiger Konzerne eine höchst komplizierte Angelegenheit. Steuern sollen dort bezahlt werden, wo die Leistung erbracht wird. Doch in welchem Land werden sie genau erbracht, wenn die Entwicklung in Teams über Ländergrenzen hinweg stattfindet? Wo genau entsteht die Wertschöpfung? Wo sollen dann die ‚intellectual properties' angesiedelt werden?

Es ist auch klar, daß Unternehmen sich dort ansiedeln, wo ihnen günstige Steuern geboten werden - wobei das nicht der allein entscheidende Faktor ist.

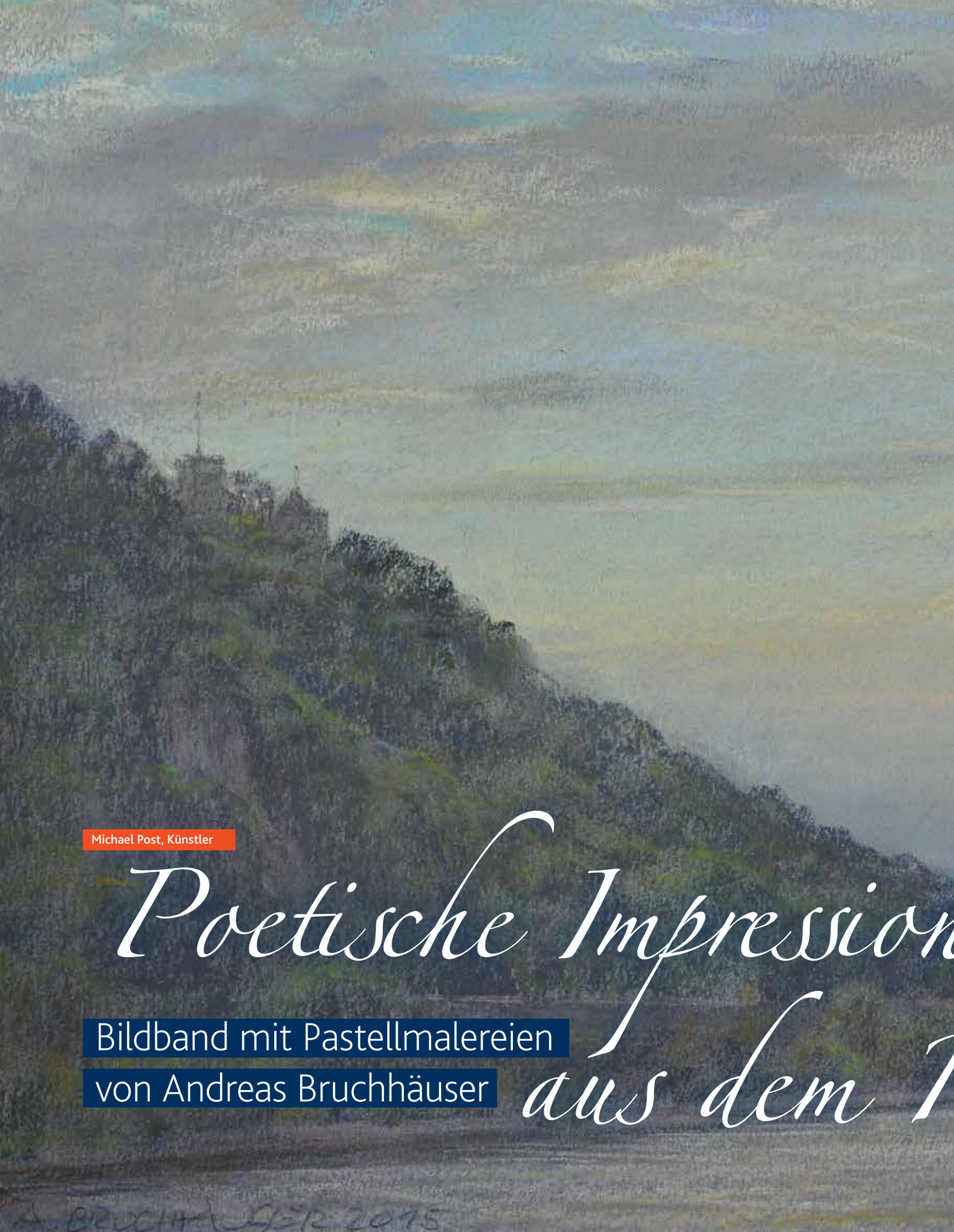
Für Juristen eröffnet sich jetzt ein weites Feld: Es gibt seit langer Zeit gültige Verträge zwischen Irland und dem US-Computerkonzern. Dürfen die von Seiten Irlands nach dem Willen der EU einfach so gebrochen werden?

Eine gerechtere Unternehmensbesteuerung in Europa fordert die EU-Kommission seit langem und rennt damit vor allem in Berlin offene Türen ein. Schäuble nennt den Vorstoß zur Harmonisierung der Besteuerung „sehr gut". Das wundert nicht sonderlich, daß Finanzminister gleiche Steuern in allen Ländern gut finden. Bedeutet das doch, daß kein Wettbewerb zwischen den Ländern um Ansiedlung von Unternehmen stattfindet.

Die irische Reaktion ließ nicht lange auf sich warten. Ministerpräsident Enda Kenny sagte laut „Irish Times", die Entscheidung der EU-Kommission sei „so grundlegend falsch und schädlich, dass es einer unmittelbaren und deutlichen Reaktion bedürfe". Das irische Parlament unterstützt auch rechtliche Schritte der Regierung gegen die EU-Kommission.

Die EU-Entscheidung wird auch als Schritt in einem Wirtschaftskrieg zwischen USA und Europa gedeutet. Von Apple erwarten Beobachter dann auch Schritte weg aus Irland, sollte sich die Kommission durchsetzen.

Schon steht die Türkei auf und macht auf sich als passable neue Heimstatt mit niedrigen Steuersätzen und großem Binnenmarkt für Apple aufmerksam: „Apple sollte in die Türkei umziehen. Freuen uns, noch attraktivere Steueranreize zu gewähren", twitterte Vizeministerpräsident Mehmet Simsek. „Ein elektronisches «Hos geldiniz» (Herzlich willkommen) aus Ankara." Ob das Apples Herz erfreuen dürfte? •

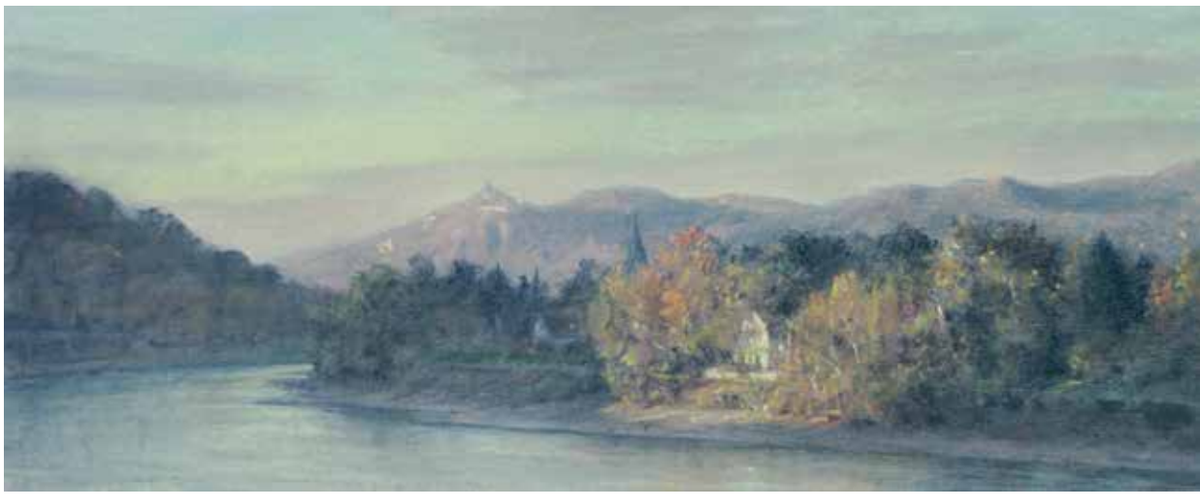


Michael Post, Künstler

# Poetische Impression

## aus dem P

Bildband mit Pastellmalereien
von Andreas Bruchhäuser



Die Kunst, die Literatur und die Musik haben die Vorraussetzungen dafür geschaffen, dass wir unsere Sehweise für Natur- und Kulturlandschaften, vor allem in der temporären Abkehr unseres alltäglichen, zweckgebundenen Handelns, als eine Bereicherung unserer sinnlichen Wahrnehmung erleben können.

Diese Erlebnisfähigkeit gehört zu den besonderen kulturellen Errungenschaften des Menschen, und sie findet seit Jahrhunderten ihren künstlerischen Ausdruck im Wandel der jeweiligen Epochen. Unsere sichtbare Welt wurde als Gegenstand der Malerei auch zum Gegenstand einer Befragung von „Wirklichkeit", welche sich gerade im Dialog zwischen einem atmosphärischem Bildwesen und dem realem Raum immer wieder aufs Neue stellt.

In dem hier besprochenen Bildband mit den herausragenden Pastellen von Andreas Bruchhäuser begegnen wir einer Malerei, die sich beispielhaft in diese Historie einfügen lässt, denn seine meisterlichen Pastelle laden dazu ein, als „innere Bilder" von uns in die Landschaft des Mittelrheintals mitgenommen zu werden. Im Abgleich von Kunstwirklichkeit und Alltagswirklichkeit erscheinen beide Realitätsebenen in einem anderem, einem neuen Lichte.

Folgen wir dieser Einladung und lassen uns auf das Spiel der verschiedenen Ebenen eines sehenden Verstehens ein, so ist es vor allem die farbmalerische Virtuosität, welche den atmosphärischen Gehalt der Pastelle ausmacht. Zwischen den gestischen Farbabstufungen und den feinen Valeurs entwickeln sich fast latent die bekannten Motive, welche das Mittelrheintal wiedererkennen lassen.

Andreas Bruchhäuser verweilt an bedeutenden Orten des Rheintals, und gelegentlich fühlt man sich dabei ertappt, durch seine Malerei dazu verführt zu werden, sich vorbehaltlos die Momente seines stillen Glücksempfindens anzueignen.

Einerseits vergegenwärtigt uns Bruchhäuser in seinen Gemälden die Sehnsucht nach rein historisch geprägten und ästhetisch ausbalancierten Kulturlandschaften, wie es sie durch zivilisatorische Einflussnahmen nicht mehr geben kann, andererseits inspiriert er den Betrachter, keineswegs rückwärtsorientiert, die poetischen Impressionen seiner Pastelle in die alltägliche Wahrnehmung räumlicher Gegebenheiten dialogisch einzubeziehen.

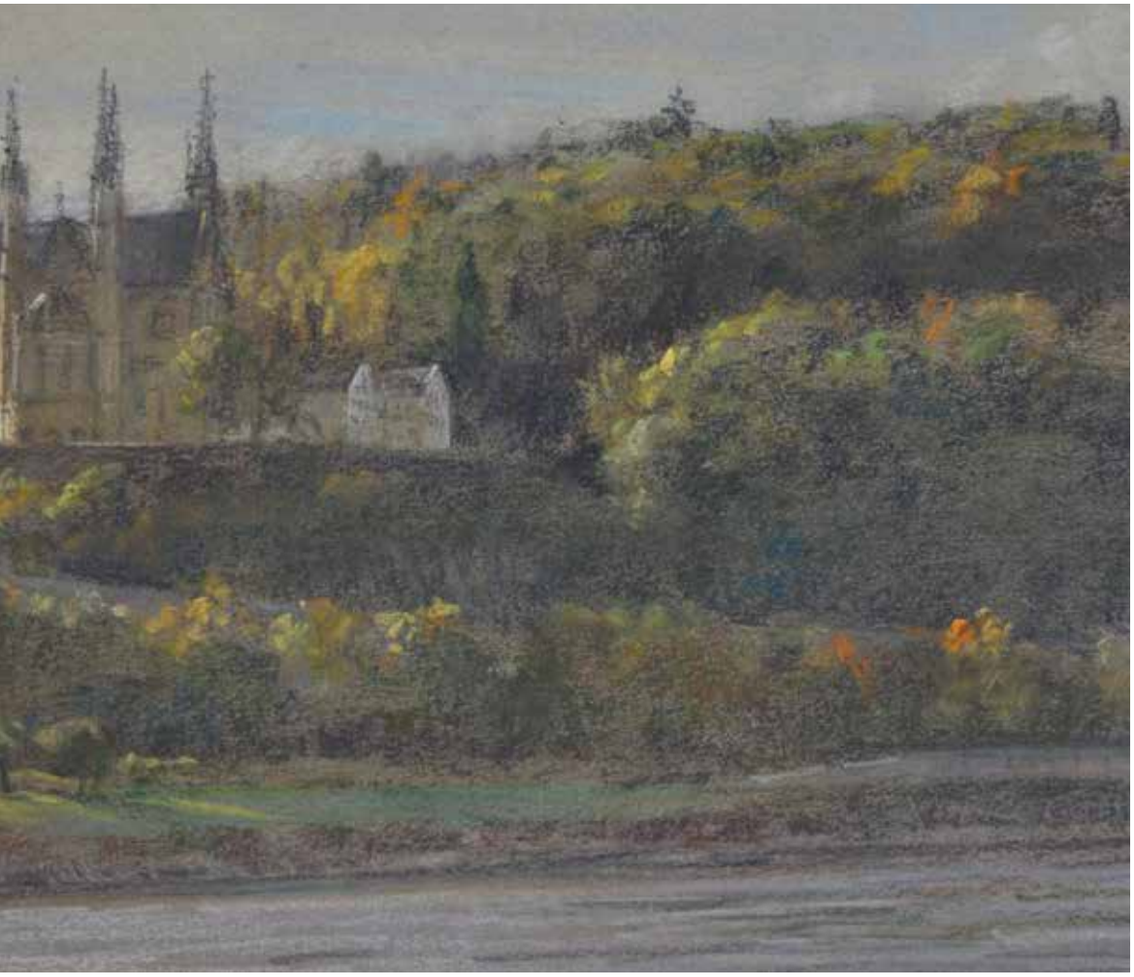
Sorgfältig ausgewählte Perspektiven hinlänglich bekannter Burgruinen, also Kulturdenkmäler schlechthin, erscheinen konkurrenzlos und abgeschieden. Sie sind orchestraler Bestandteil der pastellfarbenen Töne in ihren malerischen, oftmals halbabstrakten Bezugsfeldern. Verloren geglaubte Verzauberungen, lassen sich in Momentaufnahmen wiederbeleben.

Ebenso gibt es Motive, in denen eher trivialarchitektonische oder technische Erscheinungen ohne jeglichen formalen Anspruch, ja sogar marode Industriedenkmale durchaus einen gleichwertigen Anspruch auf farbmalerische Präsenz erheben und im Kanon der im Buch gezeigten Pastelle in der Qualität gleichrangiger Malerei erscheinen.

Heinz-Peter Preußer, der dem Maler in seinem kongenialen Begleittext den Begriff „Sachliche Rheinromantik" zuordnet, beschreibt dieses Phänomen folgendermaßen: „Bruchhäuser löst den Widerspruch auf, über die Inszenierung des Lichts, über die eigenwillige Situation eines geglückten Augenblicks, die Besonderheit eines wirkenden Bildes." Die hier angesprochene Lichtintensität relativiert jene Abbildhaftigkeit, welche die Erzählqualität zwar erhöhen könnte, das Faszinosum seiner Malerei jedoch schmälern würde.

In Bruchhäusers Malerei zeigt sich die herausragende künstlerische Fähigkeit, auch ästhetische Ambivalenzen einzelner Motive weder zu kaschieren, noch zu kritisieren, sondern lediglich in der Komposition des Bildganzen zu zeigen. Er lenkt grundsätzlich alle ikonografischen Details auf die Betrachtung seines eigentlichen Anliegens: Die Freiheit seiner Entscheidung für diese Malerei und seiner künstlerischen Sehweise auf eine der bedeutendsten Kulturlandschaften der Welt.

Andreas Bruchhäuser studierte in den 80er Jahren Kunst an der Städelschule in Frankfurt am Main und an der Kunstakademie Düsseldorf. Seit drei Jahrzehnten lebt Bruchhäuser in Koblenz, malt seine Bilder im Freien vor Ort und entdeckt immer wieder aufs Neue die besondere Faszination der weltbekannten Landschaft des Mittelrheintals. •



***„Mittelrhein, Malerische Reise vom Mäuseturm bis zum Rolandsbogen"***

*288 Seiten | 28x24 cm | gebunden | 228 Abbildungen | 24,90 €*
*voraussichtliches Erscheinungsdatum: März 2017*
*ISBN: 978-3-945751-68-8*
*Die Pastelle von Andreas Bruchhäuser werden in dem hier angekündigten Bildband mit Texten nachfolgender Autoren begleitet:*
*Dieter Gube, Einleitung*
*Prof. Dr. Heinz-Peter Preußer, Sachliche Rheinromantik*
*Michael Hörter, humorvolle Essays zum Thema Mittelrhein*

*Nünnerich-Asmus-Verlag und Media GmbH,*
*Robert-Koch-Strasse 11, D-55129 Mainz*
*E-Mail: v.kruck@na-verlag.de | Tel.: (0 61 31) 6 22 50 - 93*

Prof. Dr. Hansjürgen Tuengerthal

# Das „NORMAL-Arbeitsverhältnis" in der digitalen Welt

## Aufgabe des tradierten Konzepts der Berufe?

**Prof. Dr. Hansjürgen Tuengerthal**

Rechtsanwalt,
Professor an der Internationalen Berufsakademie und
Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft
Werkverträge und Zeitarbeit in Mannheim.
Er untersucht das „Normalarbeitsverhältnis in der digitalen Welt".

In ihrem beeindruckenden Buch „The Second Machine Age, Wie die nächste digitale Revolution unser aller Leben verändern wird" beschäftigen sich die Forscher des MIT, Erik Brynjolfsson und Andrew McAfee, auch mit der Entwicklung des Arbeitsmarktes. Hierbei bringen sie in ihren politischen Empfehlungen zum Ausdruck, dass sie das Unternehmertum für die beste Methode zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Arbeitschancen sehen. Wenn überkommene Aufgaben wegautomatisiert werden, und damit auch die Nachfrage nach den entsprechenden Kompetenzen, müsse die Wirtschaft neue Arbeitsplätze und Branchen erfinden. Das könnten ambitionierte Unternehmen am besten – besser als wohlmeinende Regierungschefs oder visionäre Akademiker.

Dazu heißt es hinsichtlich der Einschränkungen, die in diesem Zusammenhang von Regierungen gemacht werden: „Für sich genommen wird eine Vorschrift die Neugründung von Unternehmen unter Umständen gar nicht so sehr behindern, doch jede einzelne Regelung ist ein weiterer kleiner Kieselstein im Flussbett. Ihr Gesamteffekt kann zunehmend abträglich sein, denn die Möglichkeiten sie zu umgehen, werden immer kleiner."

Ausdrücklich treten die Autoren für den Abbau überflüssiger und übermäßig belastender Regulierungen ein und geben hierbei verständnisvoll zu, dass dies ein langsamer und schwieriger Prozess sein dürfte, da Behörden einmal verliehene Befugnisse sehr ungern wieder abgeben.
Vor einiger Zeit wurden in diesem Zusammenhang in der Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament. Aus Politik und Zeitgeschichte", Untersuchungen über die digitale Arbeitswelt von morgen veröffentlicht. Hierzu haben die Forscher Ulf Renner und Klaus Zimmermann unter dem Titel „Die digitale Arbeitswelt von heute und morgen" ausgeführt: Es stelle sich womöglich sogar die Frage, inwieweit sich die Arbeitswelt gänzlich von dem tradierten Konzept der „Berufe" löst.

Zudem erscheine es plausibel, dass sich daneben ein neuer Typus der „Arbeitnehmerselbständigen" herausbildet. Diese seien prinzipiell überall verfügbar und vereinten die bestimmenden Merkmale der Erwerbsgesellschaft von morgen in sich, zu denen vernetztes Arbeiten, Denken und Handeln zählen. Flexible Arbeitszeitmodelle mit Gleitzeit, Arbeitszeitguthaben, Heimarbeit und variablen Zeitplanungen würden zum Standard.

Hier wird also auf eine Entwicklung hingewiesen, die weg von den eingeführten Berufen zu einer deutlichen Vermehrung der Selbständigen führt. In den Studien wird die Erwartung vieler Fachkenner zum Ausdruck gebracht, dass die bisherigen Formen der Fabrikorganisation, insbesondere auch die bis heute existierenden mehr oder weniger zentralisierten Muster der Arbeitsorganisation und des Personaleinsatzes, umgebaut und dezentralisiert werden.

Schließlich heißt es zusammenfassend: Konsequent zu Ende gedacht, setze das neue Modell dann nicht mehr allein auf festangestellte Beschäftigte, sondern auf flexible Nutzung weltweit verfügbarer Arbeitskräfte, die ohne feste Büros oder Arbeitsverträge über die Cloud je nach Bedarf in Wertschöpfungsprozesse integriert werden können.

## Antworten aus der Politik?

In dem mit der Gewerkschaft abgestimmten „Grünbuch Arbeiten 4.0" möchte die gegenwärtige Arbeitsministerin die Zukunftsdebatte als „Fortschrittsdebatte" führen. Sie bringt zum Ausdruck, dass in Deutschland Arbeitgeber und Arbeitnehmer in vielen Institutionen auf Augenhöhe zusammenwirken würden. Dort wo es Betriebsräte gebe, seien die Produktivität in der Regel höher und Innovationen häufiger.

Im Grünbuch wird von vornherein eine der geschilderten Entwicklung konträr entgegenstehende Auffassung publiziert. Es wird das gute, alte, von der Gewerkschaft gewünschte, von den Betriebsräten unterstützte „Normalarbeitsverhältnis" als Basis für die künftige Entwicklung herausgestellt.

Daneben werden die von den Gewerkschaften angegriffenen Werkverträge und Dienstverträge mit Selbständigen angesprochen, die als missliebige Erscheinungen „an den Rändern des Arbeitsmarktes" als „unerwünschte Entwicklungen" zu beobachten seien. Hier gelte zu prüfen, wie das geltende Recht der Sozialversicherung diese Erwerbsformen „einfängt". •

Zu den gegenüber den Erfordernissen der Digitalisierung konträren Forderungen der gegenwärtig linksgeprägten Politik in dem jetzt vorliegenden Regierungsentwurf zum Arbeitnehmerüberlassungsgesetz

So lässt sich bereits jetzt absehen, wie aus der Sicht des gegenwärtig von der Gewerkschaft beeinflußten Arbeits- und Sozialministeriums die zukünftige Entwicklung der insbesondere von der Digitalisierung betroffenen wichtigen selbständigen IT-Berater und ebenso selbständigen Experten im Bereich der Automobilindustrie rechtlich eingeschätzt wird und wie man sich anschickt, Werkverträge und Zeitarbeit als „an den Rändern des Arbeitsmarktes angesiedelt" zu verteufeln.

Wie im Einzelnen die vom „Normalarbeitsverhältnis" abweichenden Erwerbsformen eingeschränkt werden sollen, wird durch den vorliegenden Regierungsentwurf vom 01.06.2016 anschaulich verdeutlicht. Hierin wird zum einen versucht, die aufgrund der angesprochenen Entwicklung erforderliche Vertiefung der Zusammenarbeit mit außerbetrieblichen Einrichtungen in der Weise zu beschränken, dass man sich anschickt, in § 1 Abs. 1 Satz 2 AÜG eine im Widerspruch zum Koalitionsvertrag stehende weitergefasste Definition der Arbeitnehmerüberlassung einzufügen. Damit soll der Anwendungsbereich von Werkverträgen und Zeitarbeit mit der Folge der Annahme illegaler Arbeitnehmerüberlassung verringert werden.

Weiterhin zeigte die Fassung des ursprünglich vorgelegten § 611a BGB, wie man die sogenannten Einzelkämpfer oder Freelancer, die genauso wie die Werkunternehmen der Gewerkschaft ein Dorn im Auge sind und denen die maßgebliche Rolle für die Weiterentwicklung der wichtigen Digitalisierung der Wirtschaft zukommt, piesacken will.

Inzwischen hat erfreulicherweise die insoweit betroffene Wirtschaft durch einen Kraftakt erreicht, dass die erste Fassung des § 611a BGB entfallen ist, und eine ergänzende Regelung an deren Stelle getreten ist. Das Ganze zeigt deutlich, wie die Gewerkschaft, der jede Form der Abweichung vom sogenannten „Normalarbeitsverhältnis" suspekt ist, darauf reagiert, dass in einer zunehmend von Projektarbeit dominierten Arbeitswelt der Einsatz auf Zeit auch für Hochqualifizierte immer öfter zur freiwillig gewählten Alternative wird.

## Zur Klientelpolitik der gewerkschaftlich orientierten Ministerin für Arbeit und Soziales

Ganz maßgebend werden insbesondere die Unternehmen, die die wichtige Funktion der Zurverfügungstellung von Zeitarbeitnehmern haben, also die Personaldienstleister, von der neuen gesetzlichen Regelung betroffen. Die von den in der letzten Zeit entstandenen gut organisierten und geführten Verbänden dieser Einrichtungen abgeschlossenen Tarifverträge werden in dem neuen Gesetzesentwurf nicht angesprochen, da sie dem Bild der Gewerkschaften von den Tarifverträgen der Einsatzbranche widersprechen.

Hierzu äußert sich Sven Astheimer in seiner Kritik in der FAZ vom 30.5.2016: Das Gesetz sei beseelt, und da mache die Ministerin auch keinen Hehl daraus, vom Bestreben, "weitere Anreize für höhere Tarifbindung zu setzen". Denn Ausnahmen seien nur Arbeitgebern erlaubt, die tarifgebunden oder durch einen Betriebsrat mitbestimmt sind. Die Aufgabe des Gesetzgebers dürfe es jedoch nicht sein, Gewerkschaften und Arbeitgebern neue Mitglieder in die Arme zu treiben.

Neben der bewussten Nichtberücksichtigung der Tarifverträge und Verbände der Personaldienstleister mit entsprechenden Einrichtungen auf Arbeitgeberseite ist die Tätigkeit der Personaldienstleister in Zukunft derartig massiv eingeschränkt, dass kaum absehbar ist, wie Personaldienstleister es überhaupt bewerkstelligen können, ihre Tätigkeit ohne Bußgeldverfahren und ohne, dass sie nach §§ 9 Nr. 1, 10 Absatz 1 Satz 1 des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes ihre Arbeitnehmer zu Lasten ihrer Auftraggeber an diese verlieren, auszuüben. Auch insoweit wird die Situation im bereits erwähnten Artikel in der FAZ richtig erfasst.

In einer zunehmend von Digitalisierung und Automatisierung geprägten Volkswirtschaft besteht eine große Herausforderung darin, die systematischen Flexibilitätsanforderungen mit den individuellen Bedürfnissen nach Sicherheit und Planbarkeit in Einklang zu bringen.

Auf dem Weg in diese Arbeitswelt der Zukunft werde „Nahles' neues Gesetz" jedoch kein Meilenstein werden ... Anstatt durch gefällige Klientelpolitik die erfolgreichen Arbeitsmarktreformen des vergangenen Jahrzehnts zurückzudrehen, wäre es gerade angesichts der gewaltigen Herausforderungen, welche sowohl die Flüchtlingsintegration und als auch die Digitalisierung mit sich bringen, an der Zeit, über eine mutige Agenda für Wachstum, Wohlstand und Arbeitsplätze nachzudenken. Damit könne die Politik tatsächlich ein Stück Handlungsfähigkeit demonstrieren.

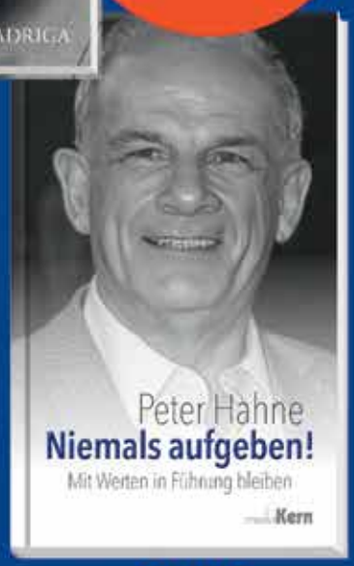
Ausblick: Soweit es nicht in der nächsten Zeit der einzigen liberalen Partei, die wir in Deutschland haben, gelingt, in der künftigen Politik maßgeblich mitzuwirken, sieht die Zukunft für Wirtschaftsunternehmen und deren wirtschaftliche Freiheit nicht positiv aus.

Das Schlimmste wäre eine Regierung nach dem sich jetzt in Berlin abzeichnenden Muster, in der rot-rot eine Mehrheit einnehmen würde. Dann würden die heute schon „an den Rand der Arbeitswelt" gedrängte Zeitarbeit und werkvertragliche Einsätze in aller Ruhe zugunsten des privilegierten Normalarbeitsverhältnisses eliminiert werden. •


Jetzt verschenken + verteilen!

2 x SPIEGEL Bestseller

Nr. 894.085 € 10,-




Nr. 5.121.005 € 9,95

Jetzt aktueller denn je!

Greift der **Islam** nach Deutschland?
Welche **Werte** sind uns heilig?
Was lehrt unsere **Geschichte**?
Wie können wir uns **»wehren«**?

**Klartext** zu Genderwahn, Political Correctness, Bildungsnotstand, Diffamierung des »Normalen« als **rechts** ...

mediaKern im Kawohl Verlag e.K.
46485 Wesel · Blumenkamper Weg 16 · Tel 0281 96299-0 · www.kawohl.de

Holger Douglas

## Industrie 4.0

# „Der Himmel bildet die Grenze für unsere Ideen!“

Gespräch mit dem Schweizer Michael Probst, Director Global Business Development bei dem weltgrößten Business Analytics Anbieter SAS, hat mehr als 13 Jahren Erfahrung in den Bereichen Vertrieb und Marketing von IT-Lösungen, in der Zusammenarbeit mit internationalen Unternehmen mit komplexen Geschäftsumgebungen wie Sun Microsystems, Ramco Systems und Landis + Gyr.

**Michael Probst**

**Director Global Business Development bei dem weltgrößten Business Analytics Anbieter SAS, hat mehr als 13 Jahren Erfahrung in den Bereichen Vertrieb und Marketing von IT-Lösungen, in der Zusammenarbeit mit internationalen Unternehmen mit komplexen Geschäftsumgebungen wie Sun Microsystems, Ramco Systems und Landis + Gyr.**

***Neu ist das Prinzip von Industrie 4.0 nicht. Der Mechaniker oder Maschinist früher hat seine Maschine bedient, beobachtet und gewartet. Er wusste, wann sie besser arbeitet, wann sie Macken hat und was zu tun ist. Sie aber haben jetzt eine große neue Technologie um das Ganze herum gebaut. Warum?***

Es ist richtig: Die Daten gibt es schon seit längerem. Auf der anderen Seite wurden die Daten häufig noch nicht richtig gespeichert. Aber heute kann man diese Daten speichern und aus diesen Daten noch weitere Informationen herausholen.

***Also eher eine Weiterentwicklung. Was hat sich gegenüber früher geändert?***

Es gibt jetzt die Technologie, daß man die Daten speichern kann und vor allem, daß sie kosteneffizient geworden ist. Die Analyse-Tools und Algorithmen werden immer effizienter und besser darin, gewisse Vorhersagen zu machen. Man schaut heute nicht nur Daten an, die in einer Datenbank sind, sondern man kann sogar auch Daten, die im Stream daherkommen, analysieren und Modelle, die ich aus der Vergangenheit entwickelt habe, darauf anwenden.

***Nach welcher Logik gehen Sie dabei vor?***

Wir kommen natürlich sehr stark aus der Technologie der Software. Wir arbeiten sehr eng mit den Kunden zusammen, die von ihrem Ingenieurswissen her auch sehr klar wissen, wo gewisse Problematiken entstehen. So werden diese Modelle auch gemeinsam entwickelt.
Man hört heute häufig »Maschinenlernen«, »kognitiv lernen« und »deep learning« - aber der Mensch wird nicht ersetzt. Es ist sehr wichtig, diesen Punkt zu verstehen. Da gibt es eine Automatisierung in der Weiterentwicklung der Modelle, aber der Mensch ist nicht hundertprozentig wegzudenken, gerade wenn es um die Datenanalyse geht.

***Welche Rolle spielt dabei der Mensch?***

Grundsätzlich hat der Mensch, wenn es um die Datenanalyse geht, natürlich an verschiedenen Orten Interaktionen. Einerseits bei der Datenaufbereitung: Ich muß die Daten aus Systemen herausziehen, ich muß die Sensoren »abgreifen«, die Daten »sauber« machen, also die Datenqualität sicherstellen.

Dann kommt der Data-Scientist, sagt man häufig dazu. Das ist eine neue Kreation oder eine neue Berufsform, ein Analytiker, der diese Daten analysiert; dazu kommt auch der Ingenieur, der das Fachwissen hat und mit diesem Analytiker zusammenarbeitet.

Am Ende muß natürlich jemand eine Entscheidung treffen. Das heißt, dort, wo die Daten ausgewertet werden, und wo eine Entscheidung vorbereitet wird, muß jemand eine Entscheidung treffen, wenn das nicht auch maschinell für kleinere und nicht so strategische Entscheidungen machbar ist.

***Nehmen wir das Beispiel einer Maschinenfabrik mit einem ganzen Fuhrpark an unterschiedlichen Maschinen. Die sind schon seit langem mit Sensoren ausgestattet. Was machen Sie jetzt konkret mit den Daten, die dort zustandekommen. Sie sammeln die erst einmal?***

Diese Daten müssen erst einmal gesammelt werden - das ist richtig. Das kann aus verschiedenen Maschinen auch eine gewisse Komplexität mit sich bringen, weil Maschinen verschiedene Protokolle sprechen. Auf dieser Ebene muß einmal eine gewisse Standardisierung zustandekommen.

Sobald diese Daten gesammelt sind, kommt SAS ins Spiel. Aber unterhalb dieser Ebene, in der die Daten gesammelt, aber noch nicht aufbereitet werden, arbeiten wir sehr stark mit Partnern zusammen, die in diesem Bereich spezialisiert sind. Dort gehört auch Kommunikation als Thema hinzu: 'Wie kommen die Daten von einem Ort an den anderen? Werden die in der Cloud abgespeichert?'

Erst bei diesen Daten geht es wirklich darum, Datenqualitätsthemen - »data cleaning«, sagen wir dazu - anzugehen, Daten zu standardisieren, so daß zum Beispiel Zeittags gleich sind, auch wenn zusätzlich externe Daten hinzugezogen werden, beispielsweise Wetterdaten, die aus externer Ressourcen kommen. Dann geht es in den Analyseprozess.

***Was können Sie mit den Ergebnissen, den Analysen tun?***

Ein gutes Beispiel ist ein Medizintechnikhersteller, mit dem wir zusammen arbeiten, der mehrmals pro Tag die Daten von seinen Geräten – das sind über 1500 Lokationen weltweit – herunterlädt, diese Daten analysiert und aufgrund der Historie, die er angesammelt hat, Modelle entwickelt hat, die einen Ausfall prognostizieren können. Wenn er einen Ausfall prognostizieren kann - zwei Tage oder eine Woche im Voraus -, kann er auch schon die richtige »supply chain« einbeziehen. Dann kann er die richtigen Teile rechtzeitig zur Verfügung stellen, aber auch die Ressourcen, zum Beispiel ein Mensch, der hingeht und eine Reparatur ausführt. So kann dieser Prozess komplett effizienter gestaltet werden, weil er die Daten hat. Die Modelle laufen viermal am Tag im Rechner, so daß man wirklich mit einer guten Genauigkeit voraussagen kann, wann an einem Gerät ein Problem entstehen wird.

***Das machen Reedereien oder Flugzeugturbinenhersteller schon seit längerem, wie zum Beispiel Lagertemperaturen oder Schwingungen analysieren und an eine Zentrale senden. Wenn etwas defekt ist, kann zum Beispiel eine Pumpe in den nächsten Hafen geschickt und der Motor repariert werden.***

Dort gibt es einen großen Unterschied. Wir sehen häufig, daß einerseits die Daten nur sehr lokal gehalten werden und aufgrund einer Kondition eine Entscheidung getroffen. Dort gibt es die Leitsysteme, die EMS-Systeme, wie immer man sie nennen möchte, die einen Alarm aufzeigen und sagen, hier ist ein Problem. Die Lösung dazu ist dann, daß ich eine Person im kritischen Fall herausschicke.

Unsere Idee ist, daß man weit vorausplanen kann und die Daten, die in der Vergangenheit angefallen sind, besser analysieren und dann auch voraussagen kann, wann etwas passiert und nicht nur auf das reagiert, was einem Systeme mitteilen.

Zusätzlich sehen wir auch hier, daß viele dieser Gerätehersteller auf empirische Modelle abstützen. Ein Gerät wurde designt zum Beispiel für eine gewisse Betriebsumgebung, das kann Temperatur sein, das kann sein, wie viel produziert wird, wie schnell diese Maschine läuft.

Wir sagen: Wir schauen uns das Gerät an, das in seiner Arbeitsumgebung eine Ausfallwahrscheinlichkeit hat, also dort, wo es läuft, mit einer bestimmten Temperatur, einer bestimmten Belastung, einer

Historie - all das, was dazugehört. Wir betrachten das nicht von der Theorie her, sondern aufgrund der echten Daten, die das Gerät produziert.

***Sie bauen auch Wetterdaten ein. Was haben die denn damit zu tun?***

Wetter ist einer der größten Einflüsse auf die meisten Prozesse in einem Produktionsunternehmen, ob das jetzt Prozess- oder Stückfertigung ist. Da sehen wir, daß Temperaturen, Feuchtigkeit, Jahreszeiten einen sehr großen Einfluss haben. Wir ziehen dazu entsprechende Daten von externen Dienstleistern hinzu.

Ein Beispiel ist ein Hersteller von Gummiwaren, mit dem wir in Diskussion sind. Der sagt, wenn es gewittert, haben sie meistens Ausfälle an ihren Produktionsstandorten, weil die Gewitter, die Entladungen, die Blitzeinschläge automatisch das Netz der Stromversorgung beeinflussen und so Probleme entstehen können. Diese Informationen sind somit natürlich wichtig, um dann die Modellierung zu machen, welche Ausfälle wirklich relevant sind. Nicht, daß ich Alarm schlage und sage, in zwei Wochen fällt etwas aus auf Basis von komplett falschen grundlegenden Informationen.

***Was könnte denn in diesem Beispiel mit der Firma, die Gummiwaren herstellt, ein Lösungsmodell sein?***

Es geht da drum, die Effizienz zu steigern. Ich kann nicht ein Gewitter vorhersagen, ich kann nicht sagen: Jetzt die Produktion herunterfahren. Ich weiß aber, was möglicherweise passieren wird und kann mich entsprechend vorbereiten.

Ein Mitarbeiter im Produktionsprozess kann dann eher richtig interagieren und die direkten Informationen auch schnell verarbeiten, die das System ihm dann vorschlägt.

***Im Finanzbereich analysiert man schon viel länger Daten. Doch gerade dort hat man gesehen, daß die Analysemodelle nicht immer richtig lagen. Für eine Produktionsfirma würde das schwierig werden, wenn Analysen versagen?***

Das ist richtig. Ich denke aber auch, daß man auch auf verschiedene andere Daten abstellt. Sensorik-Informationen, Messungen an Maschinen sind relativ genau. Diese Messungen lügen in dem Sinne ja nicht. In Finanzmärkten sind da ganz andere makroökonomische, politische Einflüsse, die hinzukommen, die man eher schwierig voraussagen kann. Das ist klar. Aber Informationen, die auf Basis von operationellen Systemen basieren, kann man natürlich sehr viel genauer nutzen, und das System sagt einem auch, wie genau die Trefferwahrscheinlichkeit ist.

***Eine gute Datenanalyse kann neue Geschäftsfelder eröffnen. Wie funktioniert so etwas?***

Ich habe das Medizintechnikthema schon einmal angesprochen. Dort geht es darum, vielleicht neue Services aufbauen zu können. Einerseits für den Service, daß das Krankenhaus beispielsweise einen Patienten nicht nach Hause schicken muß, weil die Analyse nicht gemacht werden kann. Das sind Themen der Verfügbarkeit von Geräten. Man spricht heute auch von einem Service der Hersteller, die Bohrer herstellen oder Bohrmaschinen, daß die Löcher verkaufen und keine Bohrmaschinen mehr. Oder ein Kompressorenhersteller kann Luftdruck verkaufen. Er hat die Kompetenz für seine Maschinen, er kann richtig eingreifen; er kann also seine Leistung in einen Service umwandeln. Er stellt die Maschinen hin, die dann den Luftdruck liefern. Da gibt es ganz viele verschiedene Beispiele, wo Unternehmen auch neue, komplexere Businessmodelle aufbauen können, die bessere Verfügbarkeit anstreben beispielsweise. Wie viele Maschinen dort eingesetzt werden, muß dann der Hersteller entscheiden. Aufgrund der Daten kann man genau sehen, wie die Verfügbarkeit der Maschine aussieht, aber natürlich auch, wo wird wie viel Luftdruck benötigt innerhalb des Produktionsprozesses. Und entsprechend die richtigen Anlagen auch zu bauen. Das ist dann ein zusätzlicher Service.

***Lassen Sie uns ein wenig globaler werden. Sie konzentrieren sich ja derzeit hauptsächlich auf Maschinen, auf Industrieauswertung. Interessant sind auch Modelle, wie sie Google verwendet, die versuchen, ein wenig berechenbarer zu machen, was Menschen tun aus den Analysen ihrer Suchanfragen zum Beispiel. Wie weit wird so etwas getrieben werden?***

Google nutzt genau solche Algorithmen, die wir beispielsweise mit unserer Software anbieten, um solche Services wiederum anbieten zu können. Weil sie die Daten gesammelt haben und Beziehungen oder auch Verbindungen gesehen haben, aufgrund dessen man dann wieder personalisierte Services anbieten kann. Das ist ein großer Bereich, und man kann das als Analytik-Services anbieten, oder man kann das als einen Service anbieten, wo man Daten weiterverkauft, so daß wiederum jemand diese Daten analysieren kann und für seinen Prozess aufnehmen kann. Dort gibt es sehr viele Möglichkeiten.

Ein Beispiel könnte sein, daß Google in Zukunft Mobilität Services anbietet. Das heißt, morgens bekomme ich als Vorschlag, ob ich jetzt die öffentlichen Verkehrsmittel nehmen soll, ob ich mein Auto neh-

men soll oder mein Fahrrad aufgrund meines Kalenders. Das kann optimiert werden basierend auf dem Preis, den ich bezahle.
Dadurch könnte ein neues Business Modell für Google aufgebaut werden. Ich kann dieses Angebot nutzen und bin vielleicht nicht mehr auf mein Auto angewiesen, sondern benutze etwa Uber oder einen anderen Service, öffentliche Verkehrsmittel oder eben Fahrgemeinschaften. Je nachdem, was der Service mir vorschlägt. Diese Themen werden uns in Zukunft immer mehr dazu bewegen, mit diesen Daten umzugehen, diese Daten zu verarbeiten und Entscheidungen immer sehr stark nah bei der Person, die sie nutzen will, zu treffen. Dafür brauche ich Daten. Und die Algorithmen, die das performant auch umsetzen können.

***Beispiele gibt es ja heute schon mit den Verkehrsinformationen, bei denen auch Handydaten ausgewertet werden und die sehr präzise aktuelle Staus Informationen liefern. Ist das für Sie ein alter Hut?***

Wichtig ist zu verstehen, daß ich aufgrund der Vergangenheit soweit voraussehen kann, daß ich heute schon weiß, wo ich morgen lang fahren soll. Dadurch wird ein Mehrwert erzeugt. Es geht darum, daß ich heute schon weiß, was morgen passiert wird - aufgrund des Verhaltens der Menschen, die beispielsweise in einen Stau hineinfahren. Ich könnte dann als Vorschlag bekommen: »Nutze heute die Bahn« anstatt mit dem Auto zu fahren, weil es bestimmt auf diesen Streckenstau geben wird, denn Ferien sind vorbei, es ist Sommer, die Menschen kommen zur Arbeit zurück, oder was auch immer - es geht darum, diese Daten auszuwerten und relevante Vorhersagen zu machen.

***Im Prinzip weiß ich jedoch meist aus Erfahrung, wo sich in einem Ballungsraum üblicherweise Staus bilden? Was macht dabei die Datenanalysetechnik besser?***

Das ist immer eine gute Frage: Was wird wirklich besser gemacht? Wenn die Daten, die wir heute schon sammeln, schneller verarbeitet werden können, kann ich genauere Hinweise geben. Es nützt mir nichts, wenn ich eine Stunde zu spät weiß, es gibt einen Stau, also wenn ich schon in den Stau hineingefahren bin. Ich muß diese Echtzeitdaten auch verarbeiten und aufgrund von Modellen auch auswerten können, so daß ich Entscheidungen schnell treffen kann.
Ich denke, dort wird immer mehr diese Technologie weitergehen, um diese Echtzeitdaten auswerten zu können. Die Technologie besteht heute schon, um das zu tun.
Unsere Kunden fragen uns heute an, ob wir verschiedene Datenquellen anzapfen können, ob wir Analysen machen können, wie man dann einen Produktionsprozess besser steuern könnte. Ich muß dazu aber auch das Kundenwissen haben, also die Vergangenheit kennen.
Es gibt noch sehr viel Potenzial. Der Himmel bildet die Grenze für unsere Ideen, die wir haben. Es geht nicht darum, daß heute schon alles festgeschrieben ist.

***Was ist eigentlich so neu am Informationszeitalter? Früher hatte der Müller auch schon gewusst, wann Wind aufkam und er dann sein Mehl mahlen kann.***

Die Daten wurden natürlich schon oft gesammelt. Das ist richtig. Aber sie wurden teilweise nicht ausgewertet. Man hat die Technologie dazu nicht gehabt. Aber jetzt ändert sich das.
Information - basierend auf Daten - werden immer wichtiger. Es gibt Artikel, die geschrieben wurden, daß Daten das neue Gold der Industrie sind - gerade im Energiebereich.

***Doch der Windmüller in früheren Zeiten hat ja auch seine »Daten«, seine Wetterinformationen etwa ausgewertet. Wann weht Wind? Wann kann ich mahlen? Im Prinzip ist das ähnlich zu dem, was Sie machen?***

Gewisse Prinzipien sind natürlich schon etwas anders. Wenn dieser Müller beispielsweise nicht darauf vorbereitet war, sein Mehl zu mahlen, wenn der Wind dann wirklich bläst, dann hatte er die Produktion nicht machen können.
Aber wenn ich weiß, morgen um 14:00 Uhr, genau dann muß ich parat sein, um meine Produktion zu starten, weil ich das aufgrund der Vergangenheit gesehen habe, dann ist dieser Prozess in dem Sinne optimiert.
Wichtig zu verstehen ist der Punkt, daß wir Wetter nicht beeinflussen können. Wir können sagen, daß in gewissen Bereichen das Wetter umschwingen wird und daß dann die Produktion anders gestaltet werden kann oder eben sich auf andere Bereiche fokussiert werden kann aufgrund der Erfahrungen in der Vergangenheit.
Wir haben nicht die goldene Kugel und können nicht das Wetter vorhersagen. Es geht überhaupt nicht darum. Es geht darum, den Prozess wiederum besser zu managen oder besser in den Griff zu bekommen, den ich machen möchte, um das zu produzieren, was ich möchte. Und dann parat zu sein, wenn es sein muß. •

Holger Douglas

# Gelbe Landschaft mit **RAPS**

Eine Landschaft mit Raps. Diese Pflanze sollte uns einst retten. Denn der Samen der Rapspflanze enthält 40 bis 45 Prozent Öl. Das kann man auspressen und beispielsweise zu Treibstoff verarbeiten.

„Biodiesel“ klingt so schön nachhaltig, zumindest zu Zeiten, da der Name dieses Antriebs noch für einen effizienten, den Treibstoff gut nutzenden Motor stand.
Der ehemalige Umweltminister Jürgen Trittin jubelte „Der Landwirt wird zum Energiewirt“.
Und tat mit seinen Grünen das, was sie gut können: Das steuerliche Füllhorn ausschütten und Rapsanbau fördern. Die Landschaften wurden gelb, weite Rapsanbauflächen entstanden.
Monokulturen soweit das Auge reicht.

Das war vor 10, 12 Jahren.Das Umweltbundesamt stellte fest: „Das tatsächliche Potential (von Rapsdiesel) liegt in der Größenordnung von ein bis zwei Prozent der Dieselmenge." Dazu kommt eine lächerlich geringe Energieausbeute von dem 1,5-fachen der ursprünglich eingesetzten Energie. Die Steuervergünstigung für Biodiesel entfiel 2013. Die Energiepflanzenprämie der EU wurde 2009 letztmals ausgezahlt. Der Absatz sank in den Keller. Ohne Zuschüsse rechnet sich der Rapsanbau für Treibstoffzwecke nie.

## Jetzt ist der Mais dran.

Maisfelder in unübersehbaren Ausmaßen zerstören die Landschaften mit wieder unübersehbaren Monokulturen. Mais ist das wichtigste Futter für Biogasanlagen.

Biogas sollte eine der drei wichtigen Säulen der „Energiewende" sein. Biogas klingt so viel besser als das, was es tatsächlich ist: Faulgas. Diese Anlagen sollten dann den Strom liefern, wenn Wind und Sonne fehlten.

Bauern lieben den Mais, eine verhältnismäßig anspruchslose Pflanze, die nur mit drei Bearbeitungsvorgängen anstelle von fünf wie bei Weizen oder Gerste auskommt. Die Wildschweine lieben sie ebenso. Der wichtigste Grund für deren ungehemmte Vermehrung.

Mais liefert verhältnismäßig hohe Erträge. Die Pflanze dient kleingehäckselt und durch Gärung haltbar gemacht als Silage vor allem als Futter für Rinder. Gewissermaßen Sauerkraut für das liebe Vieh.

## Für viele Bauern ist Biogas die wichtigste Einnahmequellegeworden.

Damit lässt sich derzeit mehr Geld verdienen als etwa mit der Milchproduktion. Doch es handelt sich um eine der gewaltigsten Flächenvernichtungen, die die deutsche Kulturlandschaft erlebt hat. Denn eine Faulgasanlage benötigt ungeheure Mengen an Mais oder anderen Pflanzen.

Rund 15 Prozent der Ackerlandschaften müssen mit Mais bepflanzt werden, um ganze 8 Prozent des Stromes erzeugen zu können. Zu extrem hohen Kosten, versteht sich. Wollte man ein Kohlekraftwerk mit 1000 MW durch Faulgasanlagen ersetzen, müßten 280 000 Hektar Ackerfläche verschwinden. Ein Quadrat mit 53 Kilometer Seitenlänge. Das größte Naturschutzgebiet Bayerns hat dagegen nur eine Fläche von knapp 21 Hektar.

## Aber das Landschaftbild wird sich wieder ändern. Auch die letzten haben begriffen, daß die Energiewende nicht funktioniert.

Zudem nehmen Umweltbewegte vermehrt das Wort „Artenschutz" in den Mund, der unter den Mais-Monokulturen erheblich leider. Die Pflanze verlangt noch nicht einmal nach einer ausgetüftelten Fruchtfolge, sondern ist sogar selbstverträglich, kann wiederholt auf derselben Fläche angebaut werden. Die Vielfalt auf dem Acker verschwindet mit dramatischen Folgen für die Pflanzen- und Tierwelt in der Flur. Außer Wildschweinen lieben fast keine Tierarten Maisfelder.

## Bioenergie also ist mit Schuld am Verlust der Artenvielfalt auf dem Acker.

2014 wurden die Zuschüsse für die nachwachsenden Rohstoffe gestrichen. Ohne Zuschüsse sind die Faulgasanlagen wirtschaftlich kaum zu betreiben. 2018 läuft die Einspeisevergütung für die ersten Faulgasanlagen aus. Die dürften aufgrund mangelnder Rendite stillgelegt werden.Natürlich sollen sie unter recht hohen Kosten abgebaut werden. Etwa 3000 Tonnen Beton muß bei jeder Anlage aus dem Boden gemeißelt werden. Hoffentlich reichen jedesmal die Rücklagen.

## Das Ende des Biogasbooms.

Es ist einfach ineffektiv, Pflanzen für Energiezwecke anzubauen. Dazu reicht die Leistung der Photosynthese nicht aus. Freuen könnten sich Fische in Flüssen und Bächen. Die werden regelmäßig massenhaft durch einfließende Abwässer aus Biogasanlagen getötet, wenn die Bakterienkulturen kaputt gehen und die Anlagen „umkippen". Häufig explodiert hollywoodgerecht das Gas in den Gärtanks; die Gülle fliegt in weitem Umkreis umher. Mal sehen, was als nächste Rettung des Klimas auf die Äcker kommt und die Landschaft verändern. Wir besichtigen den Wandel der Landschaft im Rhythmus der Ideologie. •

Gottfried Brückner

# Herbstzeit ist Lounge Time ...

Nachdem sich die diesjährigen Rauchschwaden über der InterTabac in Dortmund (Welt größte Tabakmesse) verzogen haben, wird nun allmählich der Zigarrenherbst eingeläutet. Da sich Sonne und Wärme langsam auf dem Rückzug befinden, wird es draußen zunehmend ungemütlich zum Genuss einer Zigarre.

Nun braucht aber jedes gute Stück seine Zeit. Also verzieht man sich derzeit lieber wieder nach drinnen. Leider werden aber die gemütlich gewärmten Plätze zum Genuss von Zigarren immer seltener. Zumindest tut sich die Gastronomie offensichtlich schwer mit diesem Thema. Obwohl man es den Gastronomen nicht verdenken kann. Denn kaum hat man sich entschlossen, dem Genussraucher eine Oase zu bieten, kommen gutmenschlich orientierte Politiker daher und verbieten das Ganze.

So könnte es auch hierzulande peu á peu dazu kommen, dass sich der Handel auf das amerikanische Rezept einlässt und gleich im Geschäft eine Lounge etabliert. So wurden im Verlauf der letzten Monate bereits mehrere Händler Lounges eröffnet, wo ungehindert dem Genuss von Zigarren gefrönt werden darf.
Mit Unterstützung der Marke Alec Bradley sind so im Verlauf der letzten Monate bereits fünf neue Händlerlounges entstanden. Eine der aktuell erfolgreichsten Zigarren von Alec Bradley, die „Post Embargo", nimmt dabei mit ihrem Namen vielleicht schon die Entwicklung vorweg. Eigentlich zielt der Name auf den Fortgang der Beziehungen zwischen den USA und Cuba. Aber besonders im Kreise der Genussraucher hofft man nach wie vor darauf, dass die allgemeine Hatz gegen Raucher zukünftig ein wenig differenzierter gehandhabt wird.

Die Idee zur „Post Embargo" kam Alan Rubin (Inhaber von Alec Bradley) auf einem Trip durch Europa. Zu oft wurde er mit der Unterscheidung zwischen cubanischen und nichtcubanischen Zigarren konfrontiert. „Warum sollte man Zigarren aus Cuba in eine spezielle Kategorie einordnen?", fragte er sich. Seine neueste Kreation „Post Embargo" steht nun dafür, dass nach dem Fall des Embargos Zigarren nach ihrer Qualität und ihrem Blend beurteilt werden sollten und nicht nach ihrer Herkunft.

Ein sehr feiner Blend aus besonders ausgereiften Nicaragua und Honduras Tabaken ist ihm da gelungen. Die durchgängig unterschwellige Süße erinnert an dunklen Kakao und eine durchaus präsente Kraft ergänzen das sehr feine und komplexe Aromenprofil.

Unter Zigarrenfreunden werden immer mal wieder gerne und oft die „guten alten Zeiten" in der Politik diskutiert. Als man z. B. über die neue Verfassung grübelte, waren Zigarren und Pfeifen stetige Begleiter, mit denen man sich die harte Arbeit genüsslicher gestaltete. So kennt man politische Größen wie Ludwig Erhard gar nicht ohne Zigarre. Und auch zu Gerhard Schröder ist bekannt, dass er gerne mal eine gute Zigarre zu genießen weiß. Erwiesenermaßen regt mäßiger Genuss auf jeden Fall das Hirn positiv an.

In diesem Sinne, auf gemütliche Stunden mit einer Post Embargo und der Hoffnung auf Post Embargo Zeiten für Genießer…

*Noch ein kleiner Tipp am Rande: Wer viel unterwegs ist und wissen möchte, wo man als Genießer noch willkommen ist, findet hier eine übersichtliche Auflistung Zigarren freundlicher Locations: www.cigarcities.org*

# Die weltweit erste nach DIN 8330 (IFR Instrumental Flight Rules) geprüfte und zertifizierte Uhr.

**Modell 103 Ti UTC IFR. ø 41 mm.** Geprüft u.a. auf Ablesbarkeit, Vibrationsbelastung und Beständigkeit gegen flugbetriebstypische Flüssigkeiten sowie Kompatibilität mit Nachtsichtgeräten gemäß der neuen DIN 8330. Anzeige einer zweiten Zeitzone auf 12-Stunden-Basis. Gehäuse aus Reintitan. Ar-Trockenhaltetechnik, dadurch erhöhte Funktions- und Beschlagsicherheit. Funktionssicher von −45°C bis +80°C. Unverlierbarer Fliegerdrehring mit Minutenrastung. Druckfest bis 20 bar. Unterdrucksicher. Preis mit Lederband 2.880 Euro.
Landen Sie nach Instrumentenflugregeln.

Sinn

SPEZIALUHREN ZU FRANKFURT AM MAIN

Im Füldchen 5-7 · 60489 Frankfurt am Main · Telefon +49 (0) 69 97 84 14 200
In Frankfurt erhältlich im Verkaufsraum am Hauptsitz oder in der Sinn-Niederlassung
Römerberg 34 · 60311 Frankfurt am Main · www.sinn.de · vertrieb@sinn.de

## Notstand Forschung

# Weniger Nobelpreise für Deutschland

In diesem Jahr wieder kein Nobelpreis für deutsche Forscher. Stefan Hell war der letzte deutsche Wissenschaftler, der den weltweit wichtigsten Forschungspreis erhalten hat. Das war 2014; er erhielt ihn dafür, daß er die Grenzen des Lichtmikroskopes deutlich weiter hinausschob und so Strukturen auflösen kann, die kleiner als die Wellenlänge des jeweiligen Lichtes sind. Davor bekam der Biochemiker Thomas Südhof für seine Arbeiten an den zentralen Schaltstellen des Nervensystems den Nobelpreis.

Der wichtigste Wissenschaftspreis wird seit einigen Jahren dünner über Deutschland ausgesät. Auffallend: In früheren Jahren gab es mehr deutsche Nobelpreisträger in den Disziplinen Chemie. Die 50er, 60er und 70er waren regelrechte Hochzeiten.

Sicherlich hängt das auch damit zusammen, daß Forschung zunehmend aus Deutschland vertrieben wird, vor allem wenn sie politisch nicht korrekt ist. So schimpft zum Beispiel die Nobelpreisträgerin Christiane Nüsslein-Volhard, die sich am Max-Planck-Institut für Entwicklungsbiologie mit solch ‚fürchterlichen' Angelegenheiten wie der Genetik beschäftigt, über die »unglaubliche Ignoranz« der Konsumenten. Die hätten keine Ahnung, wo das Essen herkomme und welche Vorteile die Gentechnik bringen könne. Sie selbst untersuchte die Mechanismen, wie die Entwicklung von Embryos gesteuert wird.

Deutsche Gentechniker müßten ins Ausland gehen, kritisiert sie. So findet auch wichtige Forschung an Stammzellen in Deutschland kaum noch statt.

*Anzeige*

bild der wissenschaft shop

**Ideen mit IQ: www.wissenschaft-shop.de**

**Ja,** ich bestelle folgende Artikel beim
bild der wissenschaft shop
**Fax +49 (0)711/719 24-444**

| Best.Nr. | Stück | Titel | Preis in € |
|---|---|---|---|
| 803 376 | | Pflanzen – geniale Netzwerke! Video DVD. | 19,99 |

**BITTE BESTELL-MENGE ANGEBEN**

**Bitte tragen Sie hier Ihre Anschrift gut lesbar ein!**

Firma

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort (Bei Bestellungen aus der Schweiz und Österreich: Bitte Länderkennzeichnen vor der PLZ)

Telefon (Für Rückfragen) Fax

Email (Für kostenlosen Newsletter, der Verwendung kann jederzeit widersprochen werden)

Für unsere Statistik: Ihr Beruf? WWSX16-014

Versandkostenbeitrag Inland € 3,95 / Österreich und die Schweiz € 7,95. **Bei inländischen Bestellungen ab € 100,– versandkostenfrei.** Lieferung gegen Rechnung. Alle Preise inkl. gesetzlicher deutscher Mehrwertsteuer. Bei Bestellungen aus Österreich bitte ATU angeben. Sie haben das Recht, binnen 20 Tagen ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag zu widerrufen. Die Widerrufsfrist beträgt 20 Tage ab dem Tag, an dem Sie die letzte Ware in Besitz genommen haben. Um Ihr Widerrufsrecht auszuüben, müssen Sie uns: bild der wissenschaft shop – Medienservice Konradin GmbH, c/o VAH Jager GmbH, Straße der Einheit 144, 14612 Falkensee, Germany Telefax 03322 128619-98, E-Mail: widerruf@wissenschaft-shop.de mittels einer eindeutigen Erklärung (z.B. Brief, Telefax oder E-Mail) über Ihren Entschluss, diesen Vertrag zu widerrufen, informieren. Sie können den Widerruf der Bestellung auch durch die Rücksendung der Waren erklären. Wir tragen die Kosten der Rücksendung der Waren. Weitere Informationen und Einzelheiten zu Ihrem Widerrufsrecht, insbesondere zur Fristberechnung und zu den Widerrufsfolgen, sowie ein Widerrufsformular finden Sie auf unseren Internetseiten unter: www.wissenschaft-shop.de/widerrufsrecht.

bild der wissenschaft shop - Medienservice Konradin GmbH - Ernst-Mey-Str. 8
70771 Leinfelden - Germany - Verantwortlicher Geschäftsführer: Andreas Uhl

**Pflanzen – geniale Netzwerke!**

*„Habt Ehrfurcht vor dem Baum, er ist ein einziges großes Wunder"*, wusste schon Alexander von Humboldt. Erstaunliche Dinge geschehen in der Welt der Pflanzen: sie kommunizieren miteinander, sie spüren viel mehr, als wir bisher geglaubt haben, sie sind untereinander vernetzt, warnen sich gegenseitig und entwickeln gemeinsame Abwehrstrategien. Viele Forscher sprechen mittlerweile von Intelligenz und Sensibilität der Pflanzen – eigentlich dem Menschen vorbehaltene Eigenschaften. Doch evolutionstechnisch sind Pflanzen die erfolgreichsten Lebewesen. Ungefähr 400 Millionen Jahre vor dem Menschen haben sie Strategien entwickelt, die vermuten lassen, dass Pflanzen auch noch lange nach dem Menschen existieren werden. In dieser neuen Dokumentation kommen Forscher zu Wort, die sich mit der genialen Statik der Bäume, dem Kommunikationsverhalten der Pflanzen und der Abwehr von Feinden beschäftigen. Nach diesem faszinierenden Film werden Sie den Wald und die Pflanzen mit anderen Augen sehen!

**Pflanzen – geniale Netzwerke!**
**Ein verborgenes Erfolgsmodell der Evolution.**

DVD

**2016. Video-DVD. Dauer ca. 90 Minuten, Sprache Deutsch**

**Best.Nr. 803 376** **Exklusiv bei uns nur € 19,99**

## Geht Deutschland der naturwissenschaftlich-technische Nachwuchs aus?

Da erhebt sich die Frage, warum die USA einen so erheblichen Vorsprung an Nobelpreisträgern haben?

Die Forschungslandschaft ist zwar eine völlig andere als in Deutschland. Doch auch dort beobachtet zum Beispiel der deutsche Nobelpreisträger Thomas Südhof, der in den Vereinigten Staaten forscht, das Problem: »Es ist einfach nicht attraktiv für junge schlaue Leute, in diesem Bereich tätig zu werden. Mehr als die Hälfte aller fortgeschrittenen Studenten in Mathematik und im Ingenieurstudium in den USA sind Ausländer! Der Hauptgrund dafür ist die Bezahlung. Die Gehälter für Wissenschaftler und Ingenieure liegen im Durchschnitt weit unter denen für Ärzte, Rechtsanwälte und Manager.«

Südhof forscht in den USA und hat die sehr raffinierte Steuerung der Synapsen, der Schaltstellen der Nerven, enträtselt. Für diese Leistung bekam er den Medizin-Nobelpreis. Nach einer Auseinandersetzung mit dem Max-Planck-Institut für biophysikalische Chemie in Göttingen über die künftige Forschung wanderte er kurzerhand in die USA aus und forscht dort erfolgreich - wie viele andere deutsche Forscher. Doch er bemerkt: »Wir alle zielen unsere Anträge jetzt auf irgendwelche möglichen praktischen Anwendungen ab, was nicht falsch ist, aber die Gefahr hervorruft, dass vergessen wird, dass ohne Grundlagen keine Anwendungen möglich sind.«

»Die Grundlagenforschung in den USA läßt«, so stellte er in einem Interview mit dem DAV fest, »viele Federn«.

Und: »Im Parlament gibt es viele Leute, die mehr Atomwaffen kaufen wollen, aber nicht an die Atomtheorie der Materie glauben.«

Es scheint die alte Weisheit zu stimmen, daß die meisten Trends aus den USA mit einiger Verspätung auch in Europa ankommen. Denn langsam beginnt sich auch hierzulande an den Universitäten das breit zu machen, was in den USA der Forschung schwer zu schaffen macht: der religiöse Fanatismus. Der blockiert zusehends Forschung. Dazu kommen noch Modeerscheinungen, wie sie häufig in zu satt gewordenen Gesellschaften üblich sind. So werden Millionen Euros dafür verschwendet, Genderlehrstühle einzurichten und zu unterhalten.

Am Geld fehlt es also nicht, daß Grundlagenforschung in Deutschland nicht viel zustande bringt. In die Forschung fließt derzeit recht viel Geld. Doch vermutlich sind die Unis zu sehr damit beschäftigt, alle Pläne, alle Namensschilder von Studenten auf Studierende umzugestalten und den Betrieb mit 25 Toiletten für die unterschiedlichen Geschlechter umzurüsten. Da bleibt nicht mehr viel Energie für die Forschung übrig. Wo sich der Genderismus breit macht, haben die Universität und Wissenschaft verloren.


Jetzt lesen!

JETZT das Ebook

In jedem APP-Store und bei Amazon erhältlich!

Klaus-Peter Willsch, CDU Bundestagsabgeordneter

# „Hilfe bedeutet **nicht Verzicht** auf eigene Anstrengung“

Vor zwei Monaten hat der Verband eine Kampagne für Subsidiarität und Selbstverantwortung gestartet. Unter dem Motto „Ich selbst trage die Verantwortung für mein Leben“ wird in Medien, mit Aussendungen und auf Veranstaltungen für diese Prinzipien geworben. Jeden Montag veröffentlicht der Verband auf seiner Webseite einen persönlichen Bericht zu dieser Kampagne, geschrieben von bekannten und weniger bekannten Persönlichkeiten. Klaus-Peter Willsch gehört zu den Unterstützern von Beginn an.

Januar 1980: nachdem ich im Dezember das Abitur geschafft hatte, blieb Zeit bis zum Sommersemesterbeginn im April. Bei einem Nachbarn, der als Maurer bei einem mittelständischen Bauunternehmer beschäftigt war, hatte ich nachgefragt, ob sie für ein paar Wochen einen Handlanger beschäftigen könnten. Von gelegentlichem Zusammenarbeiten auf Baustellen von Nachbarn wusste er, dass man mich gebrauchen konnte.

Der Chef verließ sich auf die Empfehlung, und so saß ich unversehens eines Montagmorgens um viertel nach fünf im Mannschafts-VW-Bus, der die Kollegen und mich auf dem Weg nach Mainz-Hechtsheim in verschiedenen Taunusdörfern einsammelte, um uns eine gute Stunde später am Einsatzort abzusetzen.

Wir waren Subunternehmer bei einem größeren Auftragnehmer und meine Aufgabe war es, für Treppen und Stürze die Bewehrungseisen zu schneiden und zu biegen. Körperliche Arbeit war ich vom elterlichen Bauernhof von Kindesbeinen an gewohnt. Natürlich war ich als „Neuer“ auch Kaffeeholer, nahm also die Bestellungen auf, besorgte dann Bild-Zeitungen, gegrillten Schweinebauch, warmen Leberkäse oder heiße Fleischwurst - staunend, was man zum zweiten Frühstück so alles zu sich nehmen kann und womit das so mancher hinunterspült.

Die nachhaltigste Erinnerung ist aber das Gefühl, die damals noch bei Arbeitern verbreitete Lohntüte am Monatsende in Empfang zu nehmen: Dies war Lohn für Leistung, was sich unendlich viel besser anfühlte als das leistungslose Einkommen, das ich bis dahin in Form von BAföG oder Taschengeld bezogen hatte.

Und das erste mal hatte ich das Gefühl voller Selbstverantwortung: für die Verwendung dieses Geldes war ich nur mir selbst Rechenschaft schuldig, konnte es verwenden, wie ich wollte. Dies machte mir einerseits die theoretisch schon oft besprochene freiheitsstiftende Funktion privaten Eigentums erstmals persönlich unmittelbar erfahrbar. Und andererseits stärkte es die intuitiv schon zuvor vertretene Haltung, einen Jeden zunächst für sich selbst sorgen zu lassen, damit er seine Würde nicht verliert. Subsidiarität heißt: Aufforderung zur Eigenanstrengung, zur Regelung der eigenen Dinge, zur Übernahme von Verantwortung für die einem selbst zum Schutze und zur Fürsorge Befohlenen. Die eigenen Fähigkeiten zu entwickeln und zu vervollkommnen, ist die der menschlichen Person vom Schöpfer mitgegebene Verpflichtung. Danach kommt die Zusage der solidarischen Unterstützung, wenn die eigenen Kräfte überbeansprucht sind. Das Aufgehobensein in der Gemeinschaft - Familie, Gemeinde, Versichertengemeinschaft oder Staat - darf immer erst nachrangig kommen, dann aber mit Gewissheit. „Ultra posse nemo obligatur“, dieser alte Grundsatz des römischen Rechts bedeutet eben keinen Verzicht auf eigene Anstrengung, sondern die Zusage der Hilfe für den Fall der Erschöpfung der eigenen Kräfte.

Vince Ebert

# Schrammen sind sexy

Zu den großen Paradoxien unserer Zeit zählt das Phänomen, dass in mit wachsendem technologischem Fortschritt auch die Opposition gegen Technologie erstarkt ist. In Talkshows erklärt die Nuklearexpertin Charlotte Roche, warum Kernenergie zu gefährlich ist, Schauspieler warnen vor der Erderwärmung, Weihbischöfe wettern gegen Präimplantationsdiagnostik und Journalisten, die „Avogadro" für einen italienischen Schlagersänger halten, erklären, wieso uns Konservierungsmittel in Jogurts alle ins Verderben stürzen werden.

Einer Untersuchung der Zeitschrift Cicero zufolge befinden sich unter den 100 einflussreichsten Intellektuellen in Deutschland gerade mal zwei Naturwissenschaftler. Die Diskussion über technologische Reizthemen wird in diesem Land hauptsächlich von Geisteswissenschaftlern und Theologen geführt. Doch warum glaubt man, ein katholischer Abt könne zur Stammzellenforschung Profunderes beitragen als ein Biochemiker? Etwa, weil sich Mönche durch Zellteilung vermehren?

Bedauerlicherweise ignorieren viele gebildete Menschen in diesem Land, dass es gerade die Technologie war, die uns ein angenehmes Leben ermöglicht hat. Der Kunstdünger, das Insulin oder die Erdölraffinerie haben unsere Lebensqualität immens verbessert. Ohne die Erfindung der Glühbirne müssten wir sogar heute noch bei Kerzenlicht fernsehen.

Doch inmitten von Manufactum-Möbeln, nachhaltigen Fußcremes und handgerührten Bio-Marmeladen schwärmt man von der „guten alten Zeit" und träumt von einem ökologisch korrekten Leben. „Vorsicht, der Torben greift in die Steckdose!" „Ach macht nix, ist doch Ökostrom ..."

Dabei sind wir alle Nutznießer von Maßnahmen, die im letzten Jahrhundert von klugen Naturwissenschaftlern und findigen Ingenieuren entwickelt wurden: allzeit verfügbare Energie,- Kühlschränke, sauberes Wasser, Impfungen, Antibiotika und schmerzstillende Mittel. Dadurch hat sich die Lebenserwartung in kürzester Zeit fast verdoppelt. Vor 100 Jahren gab es so wenig 70-Jährige, weil die meisten 70-Jährigen nicht über 40 wurden.

**Kurz gesagt:** In den vergangenen Jahrzehnten hat Wissenschaft und Technologie fast alle Schlachten gewonnen, aber den Krieg trotzdem verloren. Militante Umweltaktivisten, die Genmaisfelder verwüsten, werden bei vielen als Helden gefeiert, aber Arzneimittelforscher, die für ein viel versprechendes Parkinson-Medikament Tierversuche unternehmen, werden mit Geringschätzung bestraft. Kein Wunder, dass der Chemieriese BASF vor einiger Zeit beschloss, die Forschung der grünen Gentechnik komplett aus Deutschland abzuziehen.

Wie konnte es nur dazu kommen, dass wir Deutschen so angstbesetzt wurden, was den technologischen Fortschritt angeht? Inzwischen fürchten wir uns vor fast allem, was nicht gerade mit Windrädern und Solarenergie zu tun hat: Vor Fracking, vor Elektrosmog, vor Glyphosat. So eine Stimmung vor 500.000 Jahren, und die Sache mit dem Feuer wäre nie genehmigt worden.

Und es stimmt: Wir Deutschen sind immer noch ziemlich stark im Optimieren von bewährten Produkten. Wir sind Weltmarktführer in Betonpumpen, in Hundeleinen oder Zahnarztstühlen. Aber wenn es tatsächlich um umwälzende Innovationen und Megatrends wie zum Beispiel der Gentechnologie oder der Digitalisierung geht, hinken wir der internationalen Konkurrenz meilenweit hinterher.

Stattdessen träumen wir lieber von Reduzierung und Verzicht. Eine Philosophie, die in keinster Weise Probleme löst, sondern im Grunde davon ausgeht, dass uns Menschen nichts Gescheites mehr einfällt. Aber das ist Quatsch. Wissen Sie, was vor 150 Jahren von den führenden Fachleuten als das größte Umweltproblem der Zukunft gesehen wurde? Der Pferdemist in den Großstädten.

Halten Sie mich für verrückt, aber Pferdemist ist derzeit nicht unser größtes Problem.

Die Ressourcen, die wir heute bewahren wollen, werden wahrscheinlich in der Zukunft vollkommen irrelevant sein. Die Steinzeit ist nicht zu Ende gegangen, weil es plötzlich keine Steine mehr gab.

Natürlich sind unsere Erdölvorräte endlich. Aber die menschliche Phantasie ist unerschöpflich. Nehmen Sie John F. Kennedy. Der trat 1961 vor sein Volk und sagte: „Innerhalb dieser Dekade fliegen wir auf den Mond." Das war damals totale Science Fiction. Aber nur acht Jahre später haben die das gemacht! Praktisch ohne Computertechnologie. Die hatten einfach nur das Ziel, den unbedingten Willen und den nötigen Pioniergeist.

Und heute sitzen in Deutschland bei jedem Mini-Projekt 20 Controller, 30 Juristen und 10 Nachhaltigkeitsexperten, die jedes kleinste mögliche Risiko überprüfen. Und eine Gleichstellungsbeauftragte sorgt dafür, dass das alles politisch korrekt zugeht. Und so fliegst Du eben nicht auf den Mond. So fliegst Du nicht mal von Berlin irgendwohin.

Eine Gesellschaft, die versucht, den Lauf der Welt anzuhalten, ist nicht zukunftsfähig. Denn die Zukunft findet statt. Und wenn wir sie nicht mitgestalten, überrollt sie uns.

„Innerhalb dieser Dekade fliegen wir auf den Mond." Und natürlich können wir auf die Fresse fliegen. Na und? Schrammen sind sexy. Angstschweiß nie.

*„Das macht der immer, wenn der Wagen der CDU-Vorsitzenden vorbeirollt!"*


## Impressum

**ERHARDs ERBEN**
ist ein vierteljährlich erscheinendes Magazin
des Deutscher Arbeitgeber Verband

**Chefredakteur :**
Holger Douglas

**Verantwortlich im Sinne des Presserechts:**
Lukas Walangitang

**Herausgeber:**
Deutscher Arbeitgeber Verband e.V.
MEDIENPARK
Unter den Eichen 7
65195 Wiesbaden

Telefon: +49 (06 11) 20 48 -599
E-Mail: info@deutscherarbeitgeberverband.de

**Foto:**
Douglas Film GmbH
Fotolia.com
Pixabay.de

**Bildnachweis:**
Titelbild: Bundesregierung, B 145 Bild-00012812,
Foto: Heisler Gerhard, 5. September 1963
Bild Seite 12 + Inhalt;
Bundesarchiv, B 145 Bild-F038788-0006
Foto: Schaak, Lothar | 22. Januar 1973
Bild Seite 14 + Inhalt:
Bundesarchiv, B 145 Bid-F004204-0003
Foto: Adria,Doris | 28. Januar 1957

**Satz und Layout:**
Nachtschicht – Agentur für aufgeweckte Medien
Inh. Meike Hofmann
www.agentur-nachtschicht.de

**Druck:**
Druckerei Karl Neisius GmbH
Auf dem Meer 4
56333 Winningen

# *HIER* finden Sie uns

# *IM INTERNET* ...

**JEDEN MONTAG**

**neue Beiträge und interessante Informationen**

www.DeutscherArbeitgeberVerband.de

DEUTSCHER ARBEITGEBER VERBAND

Schon jetzt vormerken für Ihre Bewerbung 2017

DIGITAL
LEADER
AWARD

WIR SUCHEN DIE
**BESTEN**
**DIGITALISIERUNGS-**
**PROJEKTE!**

Sie haben in Ihrem Unternehmen ein wegweisendes Digitalisierungsprojekt angepackt und damit Ihre Zukunftsfähigkeit gesichert?
Dann reichen Sie noch heute Ihr Projekt ein!

**Alle Informationen zum Award finden Sie unter www.digital-leader-award.de**

Eine Initiative von
dimension data
IDG